

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 1,50 RM., monatlich 1,20 RM.,
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus,
 berechnungsbare Einzelne Nummern
 6 Pf. Sonntagnummer
 mit Illustrierter Beilage „Die Kunst
 Welt“ 10 Pf. Holzdruck: Monatlich
 1,20 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2,50 RM., für das übrige Ausland 4 RM.
 monatlich. Postbestellungen nehmen
 an Dänemark, Holland, Luxemburg,
 Schweden u. die Schweiz, Eingetragene
 in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt 1. die siebenpennige Anzeigen-
 zeile 60 Pf. „Kleine Anzeigen“,
 das festgedruckte Wort 20 Pf. (au-
 ßerhalb 2 festgedruckte Worte). Jedes
 weitere Wort 10 Pf. Stellengeld
 und Schließelanzeigen das erste
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Feuerungszeichen 20 Pf.
Familien-Anzeigen 50 Pf.
 politische u. gewerkschaftliche Anzeigen
 40 Pf. Die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Schluß von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Sonnabend, den 22. September 1917. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die deutsche Antwort an den Papst. für Abrüstung und Schiedsgericht.

Die deutsche Antwortnote an den Papst überrascht — nach einer ziemlich überflüssigen Einleitung, in der die Verlogenheit der Monarchen mehr als nötig in den Vordergrund gestellt ist — durch die entschiedene Wärme, mit der sie sich für den Gedanken der Abrüstung und des internationalen Schiedsverfahrens ausspricht. Wer verkennet, daß in diesem Punkte wirklich ein neuer Geist, ein anderer, aus ihr redet, als jener, der drei Jahrzehnte lang vom Bundesratspräsidenten des Reichstags in die Welt hinausgegangen ist? Mit der geographischen Lage Deutschlands wurde fest jeder die militaristische Theorie des geschliffenen Schwerts und des trockenen Pulvers begründet, und es gab keine Militärvorlage, die nicht durch den Hinweis auf diese geographische Lage gestützt worden ist.

Heute erfahren wir, daß gerade die geographische Lage Deutschlands, die das deutsche Volk auf den friedlichen Verkehr mit den Nachbarn und mit dem fernem Ausland anweist, für uns ein Grund mehr ist, den Grundgedanken der päpstlichen Note zu begrüßen und jeden seiner Richtung entsprechenden Vorschlag zu unterstützen, „der mit den Lebensinteressen des Deutschen Reiches und Volkes vereinbar ist“. Man wird nach der gegebenen Begründung in dieser Bemerkung keinen einschränkenden, sondern einen erweiternden Zusatz erkennen müssen. Gerade die Lebensinteressen des Deutschen Reiches und Volkes drängen besonders stark nach Abrüstung und internationalen Schiedsgerichten.

Gerechterweise wird man nicht verkennen dürfen, daß diese Erklärung für die Friedenswilligen im Ausland eine neue Situation schafft. Wir haben dieser Lage durch einen Artikel des Genossen Edgar Milhaud aus der „Humanität“ unseren Lesern von der tiefen Bewegung Kenntnis gegeben, die heute durch die ganze Welt geht und die auf die Durchführung eines vom Sozialismus seit Jahrzehnten propagierten, vom Papst mit großer Wärme aufgenommenen und jetzt auch von der deutschen Regierung anerkannten Grundgesetzes hinzielt. Die Anerkennung dieses Grundgesetzes ist eine Niederlage jenes spezifisch militaristischen Geistes, der heute in allen Ländern lebendig ist, als dessen unheilvollen Mittelpunkt die Gegner aber immer Berlin betrachtet haben. Und wenn dieser Krieg wirklich geführt würde, um einer großen Idee zum Siege zu verhelfen, nicht um den Eroberungsdrang militaristischer und chauvinistischer Zirkel zu befriedigen, dann könnten die Gegner heute sehr wohl die Niederlage zwar nicht des deutschen Volkes in Waffen, wohl aber die der militaristischen Weltanschauung für vollendet erklären und in Friedensverhandlungen eintreten.

Es wird natürlich im feindlichen Ausland nicht an Stimmen fehlen, die den Pazifismus der deutschen Antwortnote nur als die schützende Larve erklären werden, hinter der sich das schreiende Gesicht des preussischen Militarismus verberge. Eine solche Auffassung entspricht nicht den Tatsachen, denn was sich in den Ausführungen der deutschen Note über die Herabminderung der Streitkräfte und die internationale Schiedsgerichtsbarkeit zeigt, ist das wahre Gesicht der deutschen Reichstagsmehrheit, insbesondere das wahre Gesicht der deutschen Sozialdemokratie. Die deutsche Regierung kann in ihrer Antwort nicht laut genug beteuern, „wie sehr es ihr am Herzen liegt, im Einklang mit den Wünschen Sr. Heiligkeit und

der Friedensfundgebung des deutschen Reichstags vom 19. Juli

brauchbare Grundlagen für einen gerechten und dauernden Frieden zu finden“.

Dies ist — nach mancherlei wenig rühmendwerten Schwankungen — ein Bekenntnis zu der viel umkämpften Friedensresolution des Reichstags, wie es klarer nicht gedacht werden kann. Eine Regierung, die jetzt noch mit Vorbehalten „wie ich sie auffasse“ u. dergl. gegenüber dem Reichstagsbeschluss operieren wollte, würde politisch lächerlich und moralisch unmöglich sein. Wir wiederholen daher in diesem Zusammenhang den Wortlaut dieser von den Mitdeutschern so getauften „Schmachresolution“, soweit er sich auf die Frage des Friedens bezieht:

Der Reichstag erstreckt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietsveränderungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die — auf eine wirtschaftliche Absperrung und Versenkung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.

Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechts-Organisationen tatkräftig fördern.

Neuer Durchbruch an der Düna.

Berlin, 21. September 1917, abends. Amtlich. In Flandern nachmittags sich steigender Artilleriekampf; abends drilliche Infanteriegefechte.

Auf dem linken Düna-Ufer durchbrachen unsere Truppen die russischen Stellungen nordwestlich von Jakobstadt. Bisher sind über 1000 Gefangene und mehrere Geschütze als Beute gemeldet.

Westlich des Ochrida-Sees (Mazedonien) scheiterte ein französischer Angriff.

Die Uebereinstimmung sämtlicher maßgebenden Faktoren mit dieser Reichstagsklärung ist vor aller Welt feierlich bezeugt. Und wenn die feindliche Welt, wozu sie ein Recht hat, Zweifel in die Aufrichtigkeit dieser Erklärung setzt — was hätte sie, die Aufrichtigkeit ihres eigenen Willens vorausgesetzt, anderes zu tun, als die deutsche Regierung beim Wort zu nehmen? In den Verhandlungen würde sich zeigen, ob das Bekenntnis zur Abrüstung und zum internationalen Schiedsverfahren aufrichtig ist oder nicht.

Gelingt es aber in den Verhandlungen, die bei dieser Frage beginnen müssen, auch nur für einen begrenzten Zeitraum, sagen wir für dreißig Jahre, eine absolute Friedenssicherheit zu erzielen, so schrumpfen demgegenüber alle anderen Fragen, die der Krieg ausgebrochen hat, zu belanglosen Nebensächlichkeiten herab. Dreißig Jahre absolut gesicherten Friedens wären für alle beteiligten Staaten ein so ungeheurer Gewinn, daß Eroberungen und Kriegsschädigungen dagegen nichts sind! Nehmen wir an, ein Staat würde aus seinen besiegten Gegnern die ungeheure Summe von hundert Milliarden herauspressen, so müßte er zur Sicherung dieses Gewinnes in dreißig Jahren mindestens wiederum hundert Milliarden „Versicherungsprämie“ in Form von Rüstungsausgaben bezahlen. Das heißt, sein Gewinn ginge mit 0,0 auf, während ihm der gesicherte Frieden das dauernde Aufblühen seiner Volkswirtschaft verheißt. Und selbstverständlich wäre mit einer zeitlichen Begrenzung des Friedensgarantievertrages nicht gesagt, daß nach seinem Ablauf das große Nordorn von neuem anheben müßte, es wäre im Gegenteil diesem Vertrage, sofern er kein Volk durch ausgezwungene Bedingungen in unmögliche Lebensverhältnisse hinabstößt, ständige Erneuerung und ewige Dauer gesichert.

Auf diesen entscheidenden Punkt der deutschen Antwortnote hinzuweisen, ist die Pflicht eines jeden, dem es um die Sache des dauernden Friedens ernstlich zu tun ist. Damit ist freilich nicht gesagt, daß die Note alle Wünsche, die wir an sie gestellt hätten, erfüllt. Ist auch durch die Anerkennung der päpstlichen Grundätze und der Resolution des Reichstags der Verzicht auf Belgien dem Sinne nach enthalten, so wäre, um böswilligen Mißdeutungen entgegenzutreten, eine besondere Bezugnahme auf Belgien rätlich gewesen. Ebenso hätte deutlich ausgesprochen werden sollen, daß die Garantie für einen Dauerfriedensvertrag nur von Völkern selbst übernommen werden könne, denen die hierzu notwendigen Rechte in jedem vertragschließenden Staat zuerkannt werden müßten.

Inmerhin, nur Böswilligkeit könnte behaupten, daß die deutsche Antwort etwas enthielte, was für die päpstliche Friedensaktion etwa entmutigend sein müßte. Das deutsche Volk im allgemeinen und die deutsche Sozialdemokratie im besonderen verfolgt diese Aktion mit unerschütterter Sympathie und wünscht ihr im eigenen Interesse wie in dem der gesamten Welt raschen Erfolg. Sollte dieser Erfolg ausbleiben, so werden wir dessen ungeachtet auf dem betretenen Wege weiter gehen müssen, weil er der einzige ist, der über kurz oder lang aus dem blutigen Labyrinth herausführt.

Der Wortlaut der Antwortnote.

Berlin, den 19. September 1917.

Seiner Eminenz dem Staatssekretär Seiner Heiligkeit des Papstes Benedikt XV.
 Herrn Kardinal Gasparri,
 Rom.
 Herr Kardinal!
 Euerer Eminenz haben die Geneigtheit gehabt, Seiner Majestät dem Kaiser und König, meinem Allergnädigsten Herrn, mit Schreiben vom 2. v. M. eine Rundgebung Seiner Heiligkeit des Papstes zu übermitteln, worin Seine Heiligkeit voll Kommerz über die Verheerungen des Weltkrieges einen eindringlichen Friedensappell an die Staatsoberhäupter der kriegführenden Völker richtete.

Seine Majestät der Kaiser und König hat geruht, mir von dem Schreiben Eurer Eminenz Kenntnis zu geben und mir die Verantwortung aufzutragen.

Seit geraumer Zeit verfolgt Seine Majestät mit hoher Achtung und aufrichtiger Dankbarkeit die Bemühungen Seiner Heiligkeit, im Geiste wahrer Unparteilichkeit die Leiden des Krieges nach Kräften zu lindern und das Ende der Feindseligkeiten zu beschleunigen. Der Kaiser erblickt in dem jüngsten Schritte Seiner Heiligkeit einen neuen Beweis edler und menschenfreundlicher Gesinnung und hegt den lebhaftesten Wunsch, daß zum Heile der ganzen Welt dem päpstlichen Ruf Erfolg beschieden sein möge. Das Bestreben des Papstes Benedikt XV., eine

Verständigung unter den Völkern

anzubahnen, konnte um so sicherer auf sympathische Aufnahme und überzeugungsvolle Unterstützung durch Seine Majestät rechnen, als der Kaiser von der Uebnahme der Regierung an Seine vornehmste und heiligste Aufgabe darin gesehen hat, dem deutschen Volke und der Welt die Segnungen des Friedens zu erhalten. In der ersten Thronrede bei Eröffnung des deutschen Reichstages am 25. Juni 1888 gelobte der Kaiser, daß die Liebe zum deutschen Heere und Seine Stellung zu demselben ihn niemals in Versuchung führen würden, dem Volke die Wohlthaten des Friedens zu verkümmern, wenn der Krieg nicht eine durch den Angriff auf das Reich oder dessen Verbündete und ausgezwungene Notwendigkeit würde. Das deutsche Heer solle uns den Frieden sichern und, wenn er dennoch gebrochen würde, imstande sein, ihn mit Ehren zu erkämpfen. Der Kaiser hat das Gelöbnis, das Er damals ablegte, in 29 Jahren segensreicher Regierung, aller Anfeindungen und Versuchungen ungeachtet, durch Taten erhärtet. Auch in der Krisis, die zu dem gegenwärtigen Weltbrand führte, ist das Bestreben Seiner Majestät bis zum letzten Augenblick dahin gegangen, den Streit durch friedliche Mittel zu schlichten; nachdem der Krieg gegen Seinen Wunsch und Willen ausgebrochen war, hat der Kaiser im Verein mit Seinen hohen Verbündeten zuerst die Bereitwilligkeit zum Eintritt in Friedensverhandlungen feierlich kundgegeben.

Hinter Seiner Majestät stand in werktätigem Willen zum Frieden das deutsche Volk.

Deutschland suchte innerhalb der nationalen Grenzen freie Entwicklung seiner geistigen und materiellen Güter, außerhalb des Reichsgebietes ungehinderten Wettbewerb mit gleichberechtigten und gleichgeachteten Nationen. Ein ungehemmtes Spiel der friedlich in der Welt miteinander ringenden Kräfte hätte zur höchsten Vervollkommnung der edelsten Menschheitsgüter geführt. Eine unheilvolle Verkettung von Ereignissen hat im Jahre 1914 einen hoffnungsreichen Entwicklungsgang jäh unterbrochen und Europa in einen blutigen Kampfplatz umgewandelt.

In Würdigung der Bedeutung, die der Kundgebung Seiner Heiligkeit zukommt, hat die Kaiserliche Regierung nicht verschmäht, die darin enthaltenen Anregungen ernst und gewissenhafter Prüfung zu unterziehen; die besonderen Maßnahmen, die sie in enger Fühlung mit der Vertretung des deutschen Volkes für die Beratung und Beantwortung der aufgeworfenen Fragen getroffen hat, legen davon Zeugnis ab, wie sehr es ihr am Herzen liegt, im Einklang mit den Wünschen Seiner Heiligkeit und der Friedensfundgebung des Reichstages vom 19. Juli d. J.

brauchbare Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu finden.

Mit besonderer Sympathie begrüßt die Kaiserliche Regierung den führenden Gedanken des Friedensrufs, worin sich Seine Heiligkeit in klarer Weise zu der Ueberzeugung bekennt, daß künftig an die Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische Macht des Rechtes treten muß. Auch wir sind davon durchdrungen, daß der frische Körper der menschlichen Gesellschaft nur durch eine Stärkung der sittlichen Kraft des Rechtes gefunden kann. Hieraus würde nach Ansicht Seiner Heiligkeit

die gleichzeitige Herabminderung der Streitkräfte

aller Staaten und die Einrichtung eines verbindlichen Schiedsverfahrens für internationale Streitfragen folgen. Wir teilen die Auffassung Seiner Heiligkeit, daß bestimmte Regeln und gewisse Sicherheiten für eine gleichzeitige und gegenseitige Begrenzung der Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie für die wahre Freiheit und Gemeinsamkeit der hohen See diejenigen Gegenstände darstellen, bei deren Behandlung der neue Geist, der künftig im Verhältnis der Staaten zueinander herrschen soll, den ersten verheißungsvollen Ausdruck finden müßte. Es würde sich sodann ohne weiteres die Aufgabe ergeben, ausstehende internationale Meinungsverschiedenheiten nicht durch das Aufgebot der Streitkräfte, sondern durch friedliche Mittel, insbesondere auch

auf dem Wege des Schiedsverfahrens entscheiden zu lassen, dessen hohe friedensstiftende Wirkung wir mit Seiner Heiligkeit voll

anerkennt. Die Kaiserliche Regierung wird dabei jeden Versuch unterstützen, der mit den Lebensinteressen des Deutschen Reiches und Volkes vereinbar ist. Deutschland ist durch seine geographische Lage und seine wirtschaftlichen Bedürfnisse auf den friedlichen Verkehr mit den Nachbarn und mit dem ferneren Ausland angewiesen. Kein Volk hat daher mehr als das deutsche Ansehen zu wünschen, daß an die Stelle des allgemeinen Hasses und Kampfes ein verständlicher und brüderlicher Geist zwischen den Nationen zur Geltung kommt.

Wenn die Völker, von diesem Geist geleitet, zu ihrem Heile erkannt haben werden, daß es gilt, mehr das Einigende als das Trennende in ihren Beziehungen zu betonen, wird es ihnen gelingen, auch die einzelnen noch offenen Streitpunkte so zu regeln, daß jedem Volk befriedigende Daseinsbedingungen geschaffen werden und damit eine Wiederkehr der großen Völkerkatastrophe ausgeschlossen erscheint. Nur unter dieser Voraussetzung kann ein dauernder Friede

ein dauernder Friede

begründet werden, der die geistige Wiederannäherung und das wirtschaftlichste Wiederaufblühen der menschlichen Gesellschaft begünstigt.

Diese ernste und aufrichtige Ueberzeugung ermutigt uns zu der Zuversicht, daß auch unsere Gegner in den von Seiner Heiligkeit zur Erwägung unterbreiteten Gedanken eine geeignete Unterlage sehen möchten, um unter Bedingungen, die dem Geiste der Billigkeit und der Lage Europas entsprechen, der Vorbereitung eines künftigen Friedens näher zu treten.

Genehmigen Eure Eminenz usw.

(Name des Reichskanzlers.)

Argentinien bricht die diplomatischen Beziehungen ab.

Buenos Aires, 20. September. (Reuter-Meldung.) Der Senat beschloß beinahe einstimmig den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland. Die Entscheidung wird jetzt der Deputiertenkammer vorgelegt werden. Die öffentliche Meinung ist stark zugunsten ihrer endgültigen Annahme. (Eine Bestätigung dieser Reuter-Meldung liegt amtlicherseits nicht vor.)

Es handelt sich offenbar um eine Folgeerscheinung des Luxemburg-Standals.

Buenos Aires, 20. September. (Central News-Meldung.) Der Beschluß des argentinischen Senats, die Beziehungen zu Deutschland abzubreaken, wurde mit 23 gegen eine Stimme gefaßt.

Amsterdam, 21. September. Aus Buenos Aires wird der „Times“ gemeldet, daß durch den Beschluß des Senats, die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abzubreaken, die ganze Telegrammangelegenheit von neuem aktuell geworden sei, zumal die Regierung sehr geneigt gewesen war, den Luxemburg-Fällen als abgeschlossen zu betrachten. Der englische Kreuzer „Glasgow“ ist in Buenos Aires eingetroffen; Offiziere und Besatzung wurden von der Bevölkerung begrüßt. — Weiter vernimmt „Times“ aus Washington, der argentinische Gesandte Raon habe von seiner Regierung die offizielle Mitteilung erhalten, daß sich der argentinische Senat für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland ausgesprochen habe. Es sei demnach wohl sicher, daß dieser Schritt auch bald die Teilnahme Argentiniens am Kriege nach sich ziehen werde. Raon gab der Meinung Ausdruck, sein Land werde auf die Seite der Vereinigten Staaten treten, obwohl bisher die Regierung in Buenos Aires seinen Rat nicht befolgte und ihren Standpunkt in der Luxemburg-Affäre änderte.

Stratting über den Luxemburg-Standal.

Stockholm, 21. September. (Eig. Drahtber. des „Vorw.“) Am heutigen Vorabend der Stockholmer Reichstagswahl sprach Stratting in überfüllter, von den Sozialdemokraten einberufener Versammlung. Er protestierte gegen den Vorwurf, daß er auf den Krieg hinradete, erklärte aber in seiner hauptsächlich die Depeschen angelegentlich behandelnden Rede, daß derjenige, der behauptete, die schwedische Regierung habe die Neutralität eingehalten, feig schwede, sondern ein Deutscher sei.

Die neue englische Offensive.

Berlin, 21. September. Nachdem die große Generaloffensive der Entente sowohl in Flandern wie bei Verdun und am Hognon zusammengebrochen war und die Franzosen nach längerer Pause bei Wiederaufnahme größerer Angriffe auf dem östlichen Westufer am 18. September sich bei ergebnislosen Stürmen nur blutige Verluste geholt hatten, haben die Engländer am 20. September die dritte Flandernschlacht begonnen. Der erste Tag dieser dritten großen Flandernschlacht endete wieder mit einem Erfolg der deutschen Truppen.

Der Angreifer fehlte das Allerbeste an Menschen und Material ein. Nach englischem Eingeständnis haben die Divisionen der übrigen Front auf Abkündigung verzichtet, um eine größere Anzahl frischer Truppen für den Sturm bereitzustellen. Nach der gewaltigen Artillerievorbereitung der letzten Tage stehen die Engländer unmittelbar vor dem Sturm nur ein ganz kurzes Trommelfeuer vorangehen, das jedoch von unbeschreiblicher Heftigkeit war. Dann brachen die Engländer in vielen Wellen hintereinander mit dicht aufgeschlossenen folgenden Reserven zwischen Langemars und Hollebese zum entscheidenden Angriff vor. Zwischen den Sturmkolonnen schoben sich zahllose Tanks vorwärts, die aus Geschützen und Maschinengewehren unaufhörlich feuerten, während ein Schwarm von Fliegern um die Ueberlegenheit in der Luft rang. In dem Trichterfeld der Abwehrgone begann ein erbittertes verzweifeltes Ringen. Hier schon wurde die englische Angriffskraft gebrochen. Zwar gelang es den englischen Abteilungen, in Richtung Paaschendaele und Geluwelt Raum zu gewinnen. Allein in dem Kreuzfeuer der deutschen Maschinengewehre, die plötzlich überall in Plante und Rücken der Engländer aus Trichtern und Grabennestern aufschlugen, und unter dem Sperrfeuer der deutschen Batterien geriet auch hier der englische Angriff ins Stocken. Die sofort eingeleiteten Kraftvoll geführten Gegenstöße warfen die Engländer in die Trichterfelder der Abwehrgone zurück. Bereits um Mittag war der englische Angriff überall zum Stehen gebracht. Am Nachmittag wurden zwar auf der ganzen Kampffront neue englische Kräfte im Vormarsch gemeldet. Es kam jedoch zu keinem neuen umfassenden Vorstoß.

Die Nacht hindurch schloß die englische Artillerie unablässig mit allen Kalibern. Von 4 bis 5 Uhr morgens trommelten die Engländer erneut unter äußerstem Munitionsaufwand. Der Infanteriekampf ist bisher noch nicht wieder aufgenommen worden. Die englischen Verluste sind enorm, die Hauptkampflast trugen Australier und Schotten.

Englischer Heeresbericht vom 20. September. Wir griffen heute morgen auf breiter Front östlich von Ypern an. Es wird ein befriedigender Fortschritt gemeldet. Unsere Truppen haben bereits wichtige Stellungen genommen.

Neun englische Divisionen auf 12 Kilometer. — Englischer Geländegewinn nördlich Menin—Ypern. — Alle Ortschaften der Kampfzone in deutschem Besitz.

Amlich. Großes Hauptquartier, 21. September 1917. (W. T. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die unter Führung des Generals der Infanterie Sigt von Armin kämpfenden Truppen der 4. Armee haben den ersten Tag der dritten Schlacht in Flandern erfolgreich bestanden.

Deutete bereits die Feuerwirkung der letzten Tage auf eine große Kraftanspannung der Engländer hin, so bildete doch der Einsatz und die Zusammenfassung der am 20. 9. vom Feind verwendeten Kampfmittel auf einer Front von rund 12 Kilometer ein Höchstmaß.

Hinter der gewaltigen Welle härtesten Trommelfeuers aus Geschützen und Minenwerfern aller Kaliber traten morgens in engen Angriffskreisen zwischen Langemars und Hollebese mindestens 9 britische Divisionen, dabei mehrere australische, vielfach durch Panzerkraftwagen und Flammenwerfer unterstützt, zum Sturm an.

Der Angriff führte den Feind nach hin- und herwogendem Kampf bis zu 1 Kilometer tief in unsere Abwehrgone hinein; auf Paaschendaele und Geluwelt zu drang der Feind zeitweise weiter vor.

Westlich von Paaschendaele drängte ihn unser Gegenangriff zurück, nördlich der Straße Menin—Ypern blieb ein Teil des Geländes in seiner Hand. In allen anderen Abschnitten des Schlachtfeldes wurden die Engländer unter den schwersten Verlusten bis zum Spätnachmittag durch zähes, heldenmütiges Ringen unserer Truppen in das Trichterfeld unseres Kampffreieins zurückgeworfen, über das hinaus abends neu ins Feuer geführte Verstärkungen des Feindes nichts mehr an Boden zu gewinnen vermochten. Die in der Kampfzone liegenden Ortschaften sind sämtlich in unserem Besitz.

Heute morgen haben die Engländer den Kampf bisher nicht wieder aufgenommen.

Wie in den früheren Schlachten in Flandern haben Führung und Truppen das Höchste geleistet.

Bei den anderen Armeen der Westfront, im Osten und auf dem Balkan keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 21. September 1917. (W. T. S.) Amlich wird verlautbart:

Ein italienischer Angriff gegen unsere Stellungen wurde durch die tapfere Besatzung bei vorzüglicher Mitwirkung der Artillerie im Nahkampf abgeschlagen. Nebst erheblichen blutigen Verlusten büßte der Feind hier vier Offiziere und über hundert Mann an Gefangenen ein.

Sonst auf allen Kriegsschauplätzen keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Unser Angriff von heute morgen östlich von Ypern wurde auf einer Front von ungefähr acht Meilen zwischen dem Ypern—Comines-Kanal und der Eisenbahn Ypern—Staden ausgeführt. Ein großer Erfolg war unseren Truppen beschieden. Es sind Stellungen gewonnen und dem Feinde schwere Verluste beigebracht worden. Die Zusammenziehung der Regimenter, die für den Angriff bestimmt waren, vollzog sich trotz ständigen Regenschlages während der Nacht ohne Zwischenfall. Unsere ersten Ziele wurden in früher Morgenstunde genommen einschließlich einer Anzahl bestimmter Punkte und besetzter Freemen, um deren Besitz bei den vorhergehenden Angriffen heftig gekämpft worden war. Das Nordlandregiment nahm das Invernehdidicht. Australische Truppen stürmten den Glenore-Wald und Ronne Volschen. Schottische, im Verein mit afrikanischen Brigaden nahmen Potdam Kampir und Worth Farm. Die West-Kanada-Territorialtruppen eroberten die Inverianfarm und den als Gallipoli bekannten festen Punkt. Unsere Truppen schritten dann zum Sturm auf das letzte Ziel. Auf unserem rechten Flügel erreichten englische Provinzialtruppen ihre letzten Ziele nach einem scharfen Kampfe in den Wäldern. Nordland- und australische Bataillone drangen in die deutschen Stellungen bis zu einer Tiefe von über einer Meile (1,6 Kilometer) ein und nahmen die Gesamtheit ihrer Ziele einschließlich Kamlet of Waldbroek (?) und den westlichen Teil des Polygon-Waldes. Weiter nördlich wurde Jepsenhoch (?) genommen und London- und Hochland-Territorialtruppen nahmen eine zweite Linie von Farmen, einschließlich der Rose-Farm, der Quebec-Farm und der Wurtz-Farm auf der Linie ihrer letzten Ziele.

Am Morgen Härte sich das Wetter auf und unsere Flugzeuge vermochten sich lebhafter an der Schlacht zu beteiligen, indem sie die Stellungen unserer Truppen meldeten und feindliche Truppenzusammenschlüsse unserer Artillerie berichteten. Auf diese Weise wurde eine Anzahl deutscher Gegenangriffe gebrochen, während andere durch Geschütz- und Maschinengewehrfeuer unserer Infanterie abgeschlagen wurden. Eine genaue Schätzung der Zahl der Gefangenen kann noch nicht gegeben werden, aber soweit man weiß, überschreitet sie 2000; wir erbeuteten auch vier Geschütze.

Kerenski gegen Tschernow.

Die Siegesdepeschen, welche die Provisorische russische Regierung über den Zusammenbruch der gegenrevolutionären Aufstände veröffentlicht hat, stellen sich als zum mindesten stark übertrieben heraus. Es scheint, daß Kerenski nicht einmal wagen kann, irgendwie energisch mit Kornilow abzurechnen, daß vielmehr dessen Unterwerfung von vorneherein von der Bedingung weitgehender Straflosigkeit abhängig gemacht worden ist. Noch unbegründeter waren die Depeschen über die Unterwerfung des Kosakenhetmans Kaledin, der anscheinend noch immer über ansehnliche Macht verfügt und, weit davon entfernt, verhaftet zu sein, eben erst vor seinen Kosaken eine Rede gehalten hat, in der er die vorläufige Regierung ziemlich von oben herab behandelte.

Inzwischen erwachsen Kerenski neue Schwierigkeiten aus der bevorstehenden demokratischen Konferenz. Während der rechte Flügel der Arbeiter- und Soldatenräte mit Kerenski der Ansicht ist, daß die Regierung nur durch eine Koalition der bürgerlichen und proletarischen Elemente aufrechterhalten werden kann, fordert der linke Flügel unter der Führung Tschernows die Uebernahme der ganzen Macht durch die Arbeiter- und Soldatenräte unter Ausschluß des Bürgertums. Im Petersburger Sowjet, dessen Einfluß seitweilig die des Zentral-Sowjet übertrug, hat Tschernow gefiegt, und offenbar fürchtet man auch seinen Sieg auf der bevorstehenden demokratischen Konferenz. So entwickelt sich ein neuer Konflikt zwischen Kerenski und Tschernow, bei dem Kerenski diesmal der rechtsstehende Teil ist. Weitere Schwierigkeiten erwachsen der Provisorischen Regierung aus der immer schwieriger werdenden Lebensmittelfrage.

Stockholm, 21. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Kerenski verdoppelte die Getreidehöchstpreise, was einerseits die Bauern zur Herausgabe der zurückgehaltenen Getreidevorräte, andererseits das bestreudete Bauerntum für eine gemäßigtere Politik gewinnen soll.

Der Konflikt zwischen Kerenski und Tschernow spielt sich immer mehr zu.

Petersburg, 20. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Demokratische Konferenz, die der Arbeiter- und Soldatenrat für den 25. September zur Bildung einer fest gegründeten, starken Regierungsgewalt einberufen hat, ruft in den verschiedenen Bevölkerungsklassen sowie in der Presse einen lebhaften Feldzug hervor, in dem sich Feindseligkeit und Widerspruch ausdrücken, die augenscheinlich ein Ausfluß der Befürchtung sind, daß auf der Konferenz die maximalistische Elemente obliegen und die Konferenz ein ausschließlich aus Sozialisten bestehendes Kabinett zur Folge haben könnte. sechs sozialistische und antizimmerwaldische Zeitungen haben sich dahin verständigt, durch Artikel und Aufrufe tatkräftig für die Notwendigkeit unbedingter Durchführung des Grundgesetzes der Koalition bei der Bildung der neuen Regierung zu werben. Die Mitarbeiter dieser Zeitungen veranstalten zu demselben Zweck zahlreiche Versammlungen und politische Zusammenkünfte mit Tausenden von Teilnehmern.

Andererseits muß man auch ein Auseinandergehen der Ansichten verzeichnen, das durch die Spaltung der sozialistischen Parteien selbst hervorgerufen und sich augenscheinlich in zwei verschiedenen Strömungen äußert, zu deren Wortführern sich Awkiseniow und Tschernow in der gestrigen Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats gemacht haben. Awkiseniow bestand darauf, daß es unbedingt nötig sei, die Regierung auf der Grundlage einer breiten Koalition zu bilden. Tschernow war der entgegengesetzten Ansicht und hielt seine Formel: „Die ganze Macht gehört den Arbeiter- und Soldatenräten“ aufrecht, gestand aber schließlich zu, daß alle Gruppen und Klassen der Bevölkerung, selbst die bürgerlichen, die das ausgearbeitete Programm ehrlich befolgen wollten, für die Teilnahme an der Regierung erwünscht seien. Diese letztere Erklärung des ehemaligen Ackerbauministers wird lebhaft besprochen.

Kaledin und die Kosaken.

Kosowischerkast, 21. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In der allgemeinen gewöhnlichen Selbstregierung der Kosaken hielt der Hetman Kaledin eine lange Rede, in der er seine Haltung gegenüber der vorläufigen Regierung auseinandersetzte und entschiedener erklärte, er habe niemals nach der Wiederherstellung des alten Regierungssystems noch nach einer politischen Trennung des Don-Gebiets von Rußland gestrebt. Er wiederholte seine kürzliche Behauptung, daß er über die Bewegung Kornilows vollständig in Unkenntnis gewesen sei. Der Hetman schloß mit folgenden Worten: Ich will mich nicht hinter dem Rücken der Kosakentruppen verstecken. Ich bin bereit, vor dem Gericht zu erscheinen, um vor der vorläufigen Regierung alle meine Handlungen zu erklären.

Petersburg, 20. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Western haben Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates durch direkten Fernsprechdraht von Petersburg nach Kosowischerkast Verhandlungen mit dem Stellvertretenden Hetman der Kosaken, Bogajewski, begonnen, um die Beziehungen der Regierung zu der örtlichen Selbstverwaltung der Kosaken zu klären. Sie haben dem Stellvertretenden Hetman folgende Forderungen gestellt: 1. Die lokale Selbstverwaltung soll erklären, daß die Kosaken der einseitigen Regierung treu bleiben. 2. Alle Bewegungen von Kosakentruppen ohne entsprechenden Befehl der Regierung sind sofort einzustellen. 3. Ueber die Angelegenheit des Hetmans, Generals Kaledin soll sofort eine Untersuchung eröffnet werden; er soll zugleich dorein willigen, mit seinen Gefinnungsgenossen vor Gericht zu erscheinen. Daraufhin hat Bogajewski erklärt: Zu dem ersten Punkt ist eine neue Bestätigung unnötig. Zum zweiten: Die Kosakentruppen haben keine derartigen Bewegungen gemacht. Zum dritten nehmen die Kosaken den Vorschlag, Kaledin vor Gericht zu stellen, an, aber unter der Bedingung, daß ihre Vertreter an dem Gericht teilnehmen. Die Besprechungen endeten mit einer Uebereinkunft, nach der Vertreter vom Don nach Petersburg und umgekehrt entsandt werden sollen.

Kosel, 21. September. Sabas meldet aus Paris: Nach einer Petersburger Meldung des „Journal“ erklärte Kerenski, Kornilow habe aus rein patriotischen Gründen gehandelt, so daß die Regierung den gegen Kornilow unternommenen gerichtlichen Maßnahmen keine Folge geben wird. Man rechnet sogar mit der Möglichkeit einer Ausöhnung zwischen Kerenski und Kornilow.

Amsterdam, 21. September. (T. N.) Der „Times“-Korrespondent in Petersburg meldet, daß nun nach der Kornilow-Krise Petersburg wieder aufatme. In der nächsten Woche kommen Vertreter des Sowjets aus ganz Rußland zusammen. Für diese sogenannte „Demokratische Konferenz“ herrscht großes Interesse. In der Provinz ist man mit den Wahlen der Abgeordneten für die Konferenz beschäftigt. Auf einer Versammlung des Arbeiterrates in Moskau wurde ein strengeres Vorgehen gegen Kornilow und seine Freunde gefordert. Der General sitzt in dem Hotel gefangen, in dem sich das Hauptquartier befindet. In Regierungskreisen ist man geneigt, Kornilow nicht allzu hart zu behandeln, weil seine Ansichten ehrlich gewesen waren. Die Regierung trachtet, die verschiedenen Strömungen miteinander in Einklang zu bringen, ohne es zu einem Bruch mit dem Sowjet kommen zu lassen. Die Lage im Dongebiet ist noch immer dunkel. Finnland bildet ein Sorgenkind für die Regierung. Die finnischen politischen Parteien halten täglich im Parlamentsgebäude Versammlungen ab. Der Presse werden jedoch darüber keine Mitteilungen zugestellt. Die Lebensmittelferzeugung an der Front und in Petersburg ist zeitlich gesichert. Man hofft, daß die Verdoppelung des Höchstpreises für Getreide die russischen Bauern bewegen wird, ihre Vorräte zu verkaufen.

Eine Rede Werkowskis.

Petersburg, 21. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Kriegsminister Werkowski hielt im Hauptauschuß des Arbeiter- und Soldatenrates eine Rede, in der er erklärte, seine Hauptaufgabe werde der innere Wiederaufbau eines Heeres sein, das Rußland gegen die äußeren und inneren Feinde verteidigen könne. Die gesamte Oberste Heeresleitung werde durch würdige Verantwortlichkeiten ersetzt werden, die das Vertrauen der Mannschaften genießen. Der Bestand der letzteren im Hinterland werde beträchtlich vermindert und an der Front würden diejenigen Bestände aufgestellt werden, die geeignet seien, den Sieg über den Feind davonzutragen.

Die österreichische Antwortnote an den Papst.

Wien, 22. September. Die von dem Minister des Aeußern dem päpstlichen Nuntius am 10. d. M. übergebene Antwort seiner Majestät auf die Note des Heiligen Stuhls vom 1. August d. J. lautet in deutscher Uebersetzung unter Fortlassung der einleitenden Ehrfurchtsbezeugungen wie folgt:

Seit Bestätigung des Thronbesitzes durch den Verzicht der Kaiserlichen Mächte auf die Rechte des Papstes, welche die Völker der Welt für das uns anvertraute Schicksal der österreichisch-ungarischen Monarchie tragen, haben wir nie das hohe Ziel aus den Augen verloren, unsere Völker baldigst der Segnungen des Friedens teilhaftig werden zu lassen. Bald nach unserer Regierungsantritt war es uns denn auch vergönnt, in Gemeinschaft mit unseren Verbündeten einen schon von unserem erhabenen Vorgänger, weiland Kaiser und König Franz Joseph I. erwogen und vorbereiteten Schritt zur Anbahnung eines ehrenvollen und dauerhaften Friedens zu unternehmen. In unserer bei Eröffnung des österreichischen Reichsrats gehaltenen Thronrede haben wir diesem Wunsch Ausdruck verliehen und hierbei betont, daß wir einen Frieden erstreben, welcher das fernere Leben der Völker von Krieg und Mord und Rachegier befreit und der sie auf Generationen hinaus vor Anwendung der Waffengewalt sichert. Unsere gemeinsame Regierung hatte es inzwischen nicht unterlassen, in wiederholten und eindringlichen, in der ganzen Welt hörbaren Kundgebungen unseren Willen und den Willen der Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie zum Ausdruck zu bringen, dem Blutvergießen durch einen Frieden, wie er Euerer Heiligkeit selbst vorschwebt, ein Ende zu bereiten. Von dem Gedanken beglückt, daß unsere Wünsche von Anfang an auf das gleiche Ziel gerichtet waren, das Euerer Heiligkeit heute als das anzustrebende bezeichnet, haben wir die uns jüngst zugekommenen konkreten und praktischen Anregungen Euerer Heiligkeit einer eingehenden Erwägung unterzogen, die zu dem folgenden Ergebnisse geführt hat:

Mit der Kraft tief wurzelnder Ueberzeugung begrüßen wir den leitenden Gedanken Euerer Heiligkeit, daß die künftige Weltordnung unter Ausschaltung der Waffen auf der moralischen Weltmacht des Rechtes, auf der

Herrschaft der internationalen Gerechtigkeit

und Gerechtigkeit ruhen müßte. Auch sind wir von der Hoffnung durchdrungen, daß eine Hebung des Rechtsbewußt-

seins die Menschheit stillig regenerieren würde. Wir treten daher der Auffassung Euerer Heiligkeit bei, daß Verhandlungen der Kriegführenden zu einer Verständigung darüber führen sollten und könnten, wie unter Schaffung entsprechender Sicherheiten die Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in den Läften gleichzeitig, wechselseitig und successive auf ein bestimmtes Maß herabzusetzen seien und wie die von Rechts wegen allen Völkern der Erde gebührende hohe See von der Herrschaft oder Vorherrschaft einzelner befreit und der gleichmäßigen Benützung aller zu eröffnen wäre. Der friedensstiftenden Bedeutung des von Euerer Heiligkeit vorgeschlagenen Mittels, internationale Streitfragen der

obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit

zu unterwerfen, vollkommene, sind wir bereit, auch über diesen Vorschlag Euerer Heiligkeit in Verhandlung zu treten. Wenn es, wie wir von ganzem Herzen wünschen, gelingen sollte, zu Vereinbarungen der Kriegführenden zu gelangen, welche diese hehren Gedanken verwirklichen und damit der österreichisch-ungarischen Monarchie die Sicherheit für ihre ungehemmte weitere Entwicklung geben, dann kann es auch nicht schwer fallen, sonstige zwischen den Kriegführenden Staaten noch zu regelnde Fragen im Geiste der Gerechtigkeit und billigen Rücksichtnahme auf die wechselseitigen Lebensbedingungen einer betriebsamen Lösung zuzuführen. Wenn die Völker der Erde im Sinne dieser Vorschläge Euerer Heiligkeit friedfertig miteinander in Verhandlungen träten, dann könnte hieraus der dauernde Friede erblühen. Sie könnten vollkommene Bewegungsfreiheit auf hoher See erlangen, schwere materielle Lasten könnten von ihnen genommen und neue Quellen des Wohlstandes für sie eröffnet werden. Vom Gebot der Mäßigung und Verschämlichkeit geleitet, erblicken wir in den von Euerer Heiligkeit gemachten Vorschlägen geeignete Grundlagen für die

Einleitung von Verhandlungen

zur Vorbereitung eines für alle gerechten und dauerhaften Friedens, und erhoffen lebhaft, daß auch unsere heutigen Feinde von dem gleichen Gedanken besetzt sein mögen. In diesem Sinne bitten wir den Allmächtigen, er möge das von Euerer Heiligkeit eingeleitete Friedenswerk segnen. Wir haben die Ehre, zu zeichnen als Euerer Heiligkeit sehr gehorsamer Sohn Karl m. p.

Englische Pressstimmen.

Das Reutersche Bureau meldet aus London: „Times“ erzählt, daß die letzten deutschen Friedensmanöver und die Andeutung, daß Deutschland vielleicht geneigt sein würde, seine Ansprüche auf Belgien aufzugeben, in maßgebenden politischen Kreisen als Beweis für die wachsende Ueberzeugung unter den Deutschen angesehen würden, daß der Krieg verloren sei und daß Deutschland alle seine Anstrengungen darauf richten müsse, einen möglichst günstigen Frieden zu erlangen. Die falschen Nachrichten über britische Friedensvorschläge, die in Deutschland veröffentlicht worden seien, und die daran anschließende Erörterung in deutschen Blättern diene einem doppelten Zweck: erstens, die öffentliche Meinung in Deutschland auf eine Herabsetzung der deutschen Ansprüche vorzubereiten, und zweitens, die pazifistische Propaganda in den alliierten Ländern zu härten. Diese Manöver seien als Zeichen von Kriegsmüdigkeit des Feindes anzusehen. Aber alle Versuche, die Alliierten von der Verfolgung ihrer Ziele abzubringen, seien mißglückt. In einem Leitartikel schreibt „Times“: Der wirtschaftliche Friede des Reichstages und der Pazifisten würde bedeuten, daß die deutsche Sache triumphiert habe. Es gebe keine Möglichkeit für Deutschland, den wirtschaftlichen Status quo zu erlangen. Das System, das den Krieg hervorgerufen habe, sei nicht nur rein militärisch, sondern ein Gemisch von Militarismus und agrarischem industriallem und kaufmännischem Junkertum gewesen. Kein Kompromiß könne geschlossen werden, wenn die Welt befreit werden solle. Deutschland fürchte die wirtschaftliche Waffe, weil sie geeignet sei, die Grundlagen zu zerstören, auf der sein ganzes Schema von militärischer Herrschaft, wirtschaftspolitischem Terrorismus und kommerzieller Durchdringung aufgebaut war. Dieser Krieg hätte auf Kosten der übrigen Welt die wirtschaftlichen Probleme lösen sollen, die Deutschland niemals zu lösen imstande gewesen sei, und er werde damit enden, daß man Deutschland zwingen werde, die Welt in Ruhe zu lassen. „Daily Mail“ schreibt: Wenn Deutschland wirtschaftlich den Frieden will, so muß es Belgien, Nordfrankreich, Elsass, Lothringen, Polen, Serbien, Rumänien, Montenegro und den Trentino räumen, für den in diesen Ländern angerichteten Schaden und für das gestohlene Privateigentum Schadenersatz zahlen und die Personen, die die Schuld an dem schrecklichen Verbrechen dieser bewaffneten Macht tragen, strafen. Solange die Deutschen diese Bedingungen nicht erfüllt haben, gibt es nur einen Ausweg, nämlich immer mehr Schläge auf sie herabregnen zu lassen. Man muß Deutschland fühlen lassen, daß es besiegt ist. „Daily Chronicle“ schreibt, es werde jetzt eigentlich zum erstenmal in Deutschland von der Vereinstwilligkeit, Belgien wiederherzustellen, gesprochen. Dies beweise, daß sich in Deutschland die Stimmung geändert habe. Vielleicht würde man auch in der Antwort an den Papst Anzeichen dafür finden. Jeder Mensch, der eine aufrichtig gemeinte Friedensannäherung zurückweise, würde eine schwere Verantwortung auf sich laden. Aber man dürfe sich in Berlin und Wien über das Kriegsziel und die Entschlossenheit der Alliierten keinerlei Täuschungen hingeben. Von den Antifisten der größten Missethat der Weltgeschichte würde etwas mehr erwartet, als nur die Wiederherstellung der belgischen Unabhängigkeit.

Griechenlands Aushungerung.

Genf, 21. September. Der „Tamps“ meldet aus Athen: Die tägliche Portion der griechischen Bevölkerung, die früher 600 Gramm im Minimum betrug, wurde auf 120 Gramm herabgesetzt. Die Presse verlangt dringend, daß Griechenland, das der Entente 300 000 Mann zur Verfügung stellte, zum mindesten einen Teil der jetzt im Dienste der Alliierten stehenden 190 000 Tonnen der englischen Handelsmarine zurückerhalte, um die eigene Verpflegung sichern zu können. Gerade die der Entente ergebensten Blätter appellieren an die Alliierten, sie möchten diesem Elend ein Ende machen, das sehr

ernten Umfang annehmen werde, falls man nicht rasche Abhilfe schaße. Die griechische Nation sei bereit, für die Entente zu kämpfen, aber Brot sei nötiger als Waffen.

Stockholm.

Rückkehr der russischen Vertreter nach Petersburg.

Petersburg, 20. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Abordnung des Arbeiter- und Soldatenrates, die Europa bereiste, um für den Gedanken einer internationalen Sozialistenkonferenz Werbearbeit zu verrichten, ist nach Petersburg zurückgekehrt.

Nach dem Beispiel der Sozialisten.

Bern, 20. September. Der Stellvertretende Vorsitzende der Radikalen Partei Charpentier verlangt im „Journal du Peuple“, man solle durch die internationale Freimaurerei, der Vertreter aller sozialen Klassen und aller philosophischen und religiösen Anschauungen angehörten, nach dem Beispiel der Sozialisten für Stockholm eine internationale Konferenz einberufen, die sich mit der Friedensfrage befassen würde. Die Freimaurer hätten infolge ihrer Zusammenlegung die Gewähr dafür, daß ein von ihnen vorbereiteter Friede weder ein Klassen- noch ein Parteiliebe wäre, sondern wirklich ein Völkerrfrieden. — Der Kongreß würde am besten in Genf stattfinden. So könnte die Gesellschaft der Nationen ein Sieg der Freimaurerei sein, wie einst die französische Revolution.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 20. September. Im Atlantischen Ozean wurden durch unsere U-Boote wiederum

20 000 Br.-Reg.-To.

versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich zwei große bewaffnete Dampfer, sowie ein tiefbeladener Frachtdampfer, wahrscheinlich mit Munitionsladung, der aus starker Sicherung herausgeschossen wurde.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Revolutionsgeneral von Gebfattel gegen den „Judenfrieden“.

General der Kavallerie z. D. v. Gebfattel, zweiter Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes, ist bekanntlich der Mann, der dem vorigen Reichskanzler wegen seiner Haltung in der Friedensfrage mit der Revolution gedroht hat. Auch jetzt vollbringt der Herr General z. D. zur Erreichung der alldeutschen Eroberungsziele große Heldentaten — auf bedrucktem Papier, von militärischen Taten des Generals v. Gebfattel hat man bisher nichts vernommen.

Sein neuestes Heldentat leistet der Revolutionsgeneral in der Freitag-Abendausgabe einer von schwerindustriellem Kapital ausgehaltenen Berliner Alldeutschen Zeitung. Er findet eine neue Geheimmethode gegen den Verständigungsfrieden, nämlich die antisemitische Geheimmethode. Sein Vorgehen richtet sich in gleicher Weise gegen die Anhänger des Verständigungsfriedens wie gegen die jüdischen Mitbürger, die im Gegensatz zu Herrn v. Gebfattel ihr Blut für Deutschland in den Schützengräben opfern. Sein Artikel betitelt sich „Judenwahlen — Judenfriede“. Der Revolutionsgeneral schildert ein angebliches Gespräch mit einem fränkischen Landsmann:

Natürlich wurde auch über den Krieg und die Friedensausichten gesprochen und er kam im Hinblick auf die Haltung der Reichstagsmehrheit zu dem Satz, der mich verblüffte: Was ist da anders zu erwarten? Diesen Reichstag haben ja die Juden gemacht, jetzt machen sie einen „Judenfrieden“. Der Reichstag, den die Juden gemacht haben. — Wo hatte ich das doch schon gehört? — Richtig! in Daniel Feymanns ausgezeichnetem Kaiserbuch, in dem im Januar 1914 erschienenen fünften Auflage war von den „Juden-

wahlen“ die Rede gewesen in Bezug auf diesen, den Jüden-Reichstag. Dann erinnerte ich mich weiter an die Rede, die im Frühjahr 1912 durch das Land gegangen war, daß der damals gewählte Reichstag aus „Judenwahlen“ hervorgegangen sei, weil jüdisches Geld stark dabei mitgewirkt habe, die Wahlmacht für die äußerste Linke zu fördern. . . Und dieser Reichstag, den der Volksmund als aus „Judenwahlen“ hervorgegangen gekennzeichnet hat, in dem die Mehrheit bei jenen Parteien liegt, die zum größten Teil seit der Reichsgründung grundsätzlich alle Forderungen abgelehnt haben, die auf Abkündigung der Nacht und Sicherheit des Reiches abzielen — ausgerechnet dieser Reichstag soll jetzt maßgebenden Einfluß auf das Kriegsende haben, soll dabei mitwirken wie der Friede wird?

Die Herren von der Rechten haben schon ziemlich seit Urgröbaters Zeiten die Methode, alles, was ihnen in Deutschland nicht gefällt, als jüdische Sache zu bezeichnen, von der Revolution von 1848 angefangen, an der „Juden, Polen und Franzosen“ schuld waren, bis zur Friedensresolution 1917. Für die „Judenwahlen“ aber nur zwei Ziffern: jüdische Reichstagswähler gab es im Jahre 1912 etwa 120 000. Hinter den Mehrheitsparteien des Reichstags dagegen stehen 7 1/2 Millionen Stimmen. Wie unfähig albern ist da die Behauptung, der jetzige Reichstag sei von den Juden gemacht, welche Beleidigung würde sie für das selbständige Denken und Handeln des deutschen Volkes bedeuten, falls ein Charlatan wie der Revolutionsgeneral v. Gebfattel überhaupt imstande wäre, das deutsche Volk zu beleidigen.

Landrätliche Hehe gegen den Reichstag.

Aus dem Felde sendet uns ein entrüsteter Leser einen Ausschnitt aus dem „Jeserlohner Kreisanzeiger“, worin sich ein Aufruf des dortigen Landrats findet, der unter dem Vorwand, der Werbung für die Kriegsanleihe zu dienen, in folgender Weise gegen den Reichstag loszieht:

Wir im Landkreise Jeserloh, mögen wir nun Arbeiter, Angestellte, Kaulleute oder Landwirte sein, werden — das wissen wir alle —, unbefähigt um die Parteizänkereien und die uns im Auslande bloßstellende Friedensentschließung des Reichstages, unsere Brüder beim Meere und bei der Flotte, die Männer vom Stollen, Flugzeug und Tauchboot, auch künftig nicht undankbar im Stiche lassen, sondern nach Kräften dazu beitragen, ihnen, deren Beiträge Blut, gerade Knochen, Gesundheit und Leben sind, das Nützliche zum ferneren siegreichen Kampfe zu verschaffen.

Daran möchte ich angeführt der 7. Kriegsanleihe die Kreis-eingefessenen hiermit erinnern.

Jeserloh, im September 1917.

Der königliche Landrat.

Kauf, Gebheimer Regierungsrat.

Die Gegenüberstellung des Reichstags mit denen, die „unsere Brüder nicht undankbar im Stiche lassen wollen“, ist weiter nichts als eine verheerende Unterstellung. Der Reichstag hat denen, „deren Beiträge Blut, gerade Knochen und Leben sind“, das Nützliche zu ihrem Kampfe bewilligt, er hält es aber auch für seine Pflicht, dafür zu sorgen, daß Blut, Leben und gerade Knochen unserer Brüder im Felde nicht an wahnsinnige Kriegsziele verschwendet werden. Dem Landrat Kauf bleibt es unbenommen, als Privatmann an seinem Stammtisch mit Blut, Leben und geraden Knochen unserer Brüder draußen freigebig zu sein. Daß er amtliche Kundgebungen dazu mißbraucht, um die Bevölkerung seines Kreises gegen den Reichstag zu verhetzen, ist eine grobe Pflichtverletzung.

Zweiter Nachtrag zum Haushaltsetat 1917.

Dem Reichstag ist ein zweiter Nachtrag zum Reichshaushaltsetat 1917 zugegangen. Es handelt sich durchweg nur um kleinere Posten. Es werden gefordert für Reichskanzler und Reichskanzlei 25 000 M., für das Reichsamt des Innern 7750 M., für das Reichswirtschaftsamt 43 800 M., für die Reichsjustizverwaltung 11 000 M., für das Reichsschatzamt 51 570 M. Die Forderungen werden hauptsächlich begründet mit Mehrbelastung der betreffenden Beamten oder den vorgenommenen Änderungen ihrer inneren Organisation. Der Etat der Reichsschuld ist dagegen mit einer Minderausgabe von 139 170 M. vertreten.

Letzte Nachrichten.

Wiedererstarben der Bolschewikbewegung.

Amsterdam, 21. September. „Algemeen Handelsblad“ berichtet aus London, daß es letzte Woche in Petersburg zu merkwürdigen Szenen kam. Kerenski war vorübergehend im Winterpalast gefangen. Tausende von Bolschewiki belagerten das Gebäude und tanzten und sangen, während Matrosen und Arbeiter aus Kronstadt mit Automobilen durch die Straßen fuhren, um gegen Kornilow zu kämpfen. Die Bolschewiki nahmen eine Entschlieung an, in der sofortiger Frieden verlangt wurde. Die Einbringung einer anderen Entschlieung, in der die Absetzung Kerenski und die Ernennung Tschernow zum Ministerpräsidenten verlangt wurde, wurde von Tschewidew vereitelt. Bei den Neuterieren in Wiborg ist es zu grauenhaften Szenen gekommen. Die Generale Bassiliew und Ornowski sowie acht andere Offiziere wurden von den Soldaten auf eine Brücke geschleppt, ins Wasser geworfen und vom Lande aus beschossen. Ein Oberst komierte sich an einen Brückenpfeiler, aber ein Soldat schlug ihn mit einer eisernen Stange den Schädel ein. Einem anderen Obersten wurde in seinem Hause in Gegenwart seiner Familie der Hals abgeschnitten. Während des Aufstandes Kornilows haben viele Truppenabteilungen ihre Offiziere ermordet.

Rotterdam, 21. September. Dem „Nieuwe Rotterdammer Courant“ zufolge berichtet „Daily Telegraph“ aus Petersburg vom Mittwoch, daß die Bolschewiki sich wieder tüchtig rühren. Sie versuchen die Verhandlungen der für Mittwoch einberufenen demokratischen Konferenz nach ihrem Geschmack zu beeinflussen. Es ist ihnen darum zu tun, die Konferenz in eine Art Parlament umzuwandeln, das ein sozialistisches Ministerium wählen und alle Macht an sich reißen würde. Die Bolschewiki allein sind nicht zahlreich genug, werden aber durch die Sozialrevolutionären unter Führung von Tschernow unterstützt. Tschernow hat seit seinem Austritt aus der Regierung lebhaft für sich Stimmung gemacht. Er ließ sofort nach seiner Demission in der ganzen Stadt Proklamationen an die Bauern und Soldaten anhängen, in denen er ihnen versicherte, daß er ihre Interessen eifriger als je vertreten würde. Das Zustandekommen der demokratischen Konferenz wird hauptsächlich auf seinen Einfluß zurückgeführt. Anzwischen ruft die Regierung überseits Maßregeln. Es soll nach diese Woche eine Koalitionsregierung gebildet werden, um die demokratische Konferenz vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Forderungen der Metallarbeiterinnen.

Eine am Donnerstag abgehaltene Branchenversammlung der Maschinenarbeiter der Metallindustrie (Lohrer, Gohler, Präfer usw.) befaßte sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen dieser Branche. Sie wurden als sehr verschiedenartig und der Regelung bedürftig bezeichnet, besonders, soweit es sich um die sehr zahlreichen Arbeiterinnen handelt. Als ein erheblicher Mangel wird unter den Arbeiterinnen zu leiden haben, wird ihre Abhängigkeit von den nach dem Prämiensystem arbeitenden Einrichtern angesehen. Dieses System verleitet die Einrichter oft, zu ihrem Vorteil die Leistungen der Arbeiterinnen nach Möglichkeit anzuspinnen. Deshalb wird die Abschaffung des Prämiensystems für notwendig gehalten, aber auch eine Einwirkung auf die Einrichter, um sie zu einem kollektiven Verhalten den Arbeiterinnen gegenüber zu bewegen. Ein anderer Umstand, der die Verbesserung der Lage der Arbeiterinnen erschwert, ist das Verhalten derjenigen, die aus schlecht entlohnenden Stellen in Bureau und im Handelsgewerbe in die Fabrik übergegangen sind. Ihnen gilt ein Wochenlohn von 30 M. als eine so wesentliche Verbesserung ihrer früheren Lage, daß sie zur Solidarität mit den nach zeitgemäßen Löhnen strebenden Arbeiterinnen nicht zu bewegen sind. — Eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen wurde als dringend notwendig bezeichnet. Die Arbeiterinnenkommission hat zu diesem Zweck Forderungen aufgestellt, die der Versammlung unterbreitet wurden und durch Verhandlungen mit den Unternehmern zur Anerkennung gebracht werden sollen. Die Forderungen sind folgende:

Für Arbeiterinnen über 18 Jahre soll die tägliche Arbeitszeit in der Regel nicht mehr als 9 Stunden betragen. Bei doppelter oder dreifacher Schicht darf die Arbeitszeit in einer Schicht 8 Stunden nicht überschreiten. Bei Doppelschichten ist die Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 11 Uhr abends zu legen. — Beträgt die Arbeitszeit 9 Stunden, so ist eine, beziehungsweise zwei Pausen in der Gesamtdauer von einer Stunde zu gewähren. Diese Pausen sind in der Arbeitszeit nicht eingerechnet. Beträgt die Arbeitszeit in Doppelschichten 8 Stunden, so ist eine Pause von einer halben Stunde zu gewähren, die ebenfalls in die Arbeitszeit nicht eingerechnet wird. Bei dreifacher Schicht zu je 8 Stunden werden die Pausen in die Arbeitszeit eingerechnet. — Ueberstunden sind nur in ganz dringenden Fällen zulässig und nur in einfacher Schicht, jedoch darf die wöchentliche Arbeitszeit einschließlich der Ueberstunden 60 Stunden nicht überschreiten. — Der Einstellungslohn bzw. Mindestlohn soll nicht unter 70 Pf. für die Stunde betragen. In den ersten zwei Wochen der Beschäftigung im Betriebe darf der Verdienst 10 Pf. für die Stunde geringer sein. Für Ueberstunden ist ein Zuschlag von 25 Proz. zu zahlen.

Für Arbeiterinnen unter 18 Jahren darf die tägliche Arbeitszeit einschließlich einer halbstündigen Pause 8 Stunden nicht überschreiten. In der Zeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens sind Arbeiterinnen unter 18 Jahre nicht zu beschäftigen. Ueberstunden sind nicht zulässig. — Der Einstellungslohn bzw. Mindestlohn soll nicht unter 60 Pf. für die Stunde betragen. In den ersten zwei Wochen der Beschäftigung darf der Stundenlohn 10 Pf. niedriger sein.

Soweit bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen, dürfen sie nicht verschlechtert werden. Besteht in einem Betriebe eine längere als in diesen Forderungen aufgestellte Arbeitszeit, so ist sie entsprechend zu verringern, ohne Kürzung des Verdienstes. — Arbeiterinnen dürfen nur an Maschinen beschäftigt werden, an denen die erforderlichen Schutzvorrichtungen vorhanden sind. — Für die Arbeiterinnen sind ausreichende Umkleekabinen, Kleiderkammer, Waschgelegenheiten und Aborte in sauberem Zustande zur Verfügung zu stellen.

Aus der Schlichtungskommission für Militärschneiderarbeiten.

Wegen der Verzögerung von Zeitbahnen klagte in der letzten Sitzung der Schlichtungskommission eine Arbeiterin gegen einen Zwischenmeister, der für eine Garnfabrik Firma Zeitbahnen angefertigt hat. Wie sich aus der Verhandlung ergab, hatte der Zwischenmeister erheblich zu niedrige Löhne gezahlt und außerdem die Lieferung der Rohmaterialien seitens der Arbeiterinnen verlangt.

Im vorliegenden Falle wurde ein Vergleich abgeschlossen, wonach der Zwischenmeister der Arbeiterin 100 M. nachzahlte. Im übrigen soll versucht werden, die Firma zu veranlassen, für die übrigen Arbeiterinnen ebenfalls eine Nachzahlung zu gewähren.

Gegen Schildowski wurde wegen der nicht tarifmäßigen Bezahlung der von ihm beschäftigten Arbeiter verhandelt. Der Besagte beschäftigt seine Leute ausschließlich im Wochenlohn, was nicht zulässig ist. Er behauptet, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen nur im Wochenlohn arbeiten wollen. Auch seitens des Verwaltungsamtes ist in dieser Angelegenheit bereits eine Untersuchung eingeleitet und Schildowski hat zu befürchten, daß ihm die Anträge entzogen werden. Nach dem Tarif sind nur Stundenlöhne zulässig. Es ist auch aus der Erfahrung der Schlichtungskommission der Nachweis zu erbringen, daß die Arbeitgeber nur Wochenlöhne zahlen, weil sie an den Stundenlöhnen sparen wollen. In der Sache wurde beschlossen, sämtliche von Schildowski beschäftigten Arbeiterkräfte vorzuladen und festzustellen, wieviel den Arbeitern und Arbeiterinnen zu wenig bezahlt wurde.

Parteinachrichten.

Die Konsequenzen der „Leipziger Volkszeitung“.

Die „Leipziger Volkszeitung“, die bisher die Kriegstreiber und Kriegsschuldigen nur in Deutschland suchte, ist es angeht und fortwährenden lauten Schloßgeschrei der Entente wenigstens für den Augenblick müde, als Schwurzeuge der französischen und englischen Jingoisten zu dienen und zieht lebhaft gegen Poincaré los. — Desanxion — das heißt eine Annexion durch eine neue Annexion wieder gut machen wollen. Nach der Erklärung Poincarés will Frankreich nicht erobern. Soll das die Zurückweisung der auf die Eroberung des linken Rheinufers gerichteten Pläne Poincarés darstellen? Der Verzicht auf diese Pläne ist nicht ausdrücklich ausgesprochen. Auch hierin kommt der wahre Charakter dieses Kabinetts zum Ausdruck. Dies Kabinet ist nichts als eine Neuaufgabe des Kabinetts Ribot in wenig veränderter, aber dafür verschlechterter Ausgabe. Es ist schlimmer als das Kabinet des Ehrenreifes, der als Ministerpräsident zurücktrat, um im neuen Kabinet als Minister des Auswärtigen seine Politik fortzusetzen. Dies Kabinet heißt Poincaré, aber der Geist, der es befeht, heißt Clemenceau! Der Reaktions- und Kriegstreiber hat die Teilnahme an der Regierung abgelehnt, aber sein Einfluß hat das innerpolitische Programm des neuen Kabinetts bestimmt.

Wir stellen mit Befriedigung fest, daß die „Leipziger Volkszeitung“ genau wie wir von einer „Desanxion“ Elsaß-Lothringens genau so wenig wissen will, wie von den anderen chauvinistischen Forderungen der französischen Regierung.

Aber was folgt daraus? Die „Leipziger Volkszeitung“ wird antworten, daß das deutsche Proletariat seine Regierung nun entschieden denn je zu einem klaren Verzicht auf Annexionen und Kontributionen treiben müsse, um das französische Volk gegen die Revancheidee und den Imperialismus in Bewegung zu setzen. Ganz gewiß! Aber das ist doch nur eine Seite der Medaille! Soll die deutsche Regierung eine solche Politik treiben, so muß sie sich auf eine Mehrheit stützen, die den Krieg liquidieren will und der Regierung die Staatsnotwendigkeiten bewilligt, ohne die keine Regierung bestehen kann. Da sich in Frankreich eine solche Mehrheit bisher nicht gefunden hat, die mit einem starken eigenen Willen ihre Ziele verfolgte hätte, so war eben den Poincaré und Poincaré die Bildung der Regierung möglich, über die sich jetzt die „Leipziger Volkszeitung“ so grenzenlos aufregt. Durch lange parlamentarische Erfahrung gewöhnt, wissen auch die linkssozialistischen in Frankreich im Gegensatz zu ihren deutschen Gegenfüßlern, was die Stunde von ihnen verlangt. Jean Longuet hat sich zum Eintritt in ein Ministerium zwecks Liquidierung des Krieges bereit erklärt.

Aber die Einsicht in die Notwendigkeit einer Mehrheit, wie sie sich im deutschen Reichstage vollzogen hat, ist nicht die einzige Folgerung aus der Stellungnahme der „Leipziger Volkszeitung“. Die andere ist, daß, solange der Gegner zum Verhandlungsfrieden nicht bereit ist, der Kampf um die Verteidigung des Landes fortgehen muß und weder an der Front noch im Hinterland etwas geschehen darf, was diese Aufgabe erschwert oder unmöglich macht. Wir erwarten, daß die Unabhängigen und ihr führendes Blatt, die „Leipziger Volkszeitung“,

diese Folgerungen aus ihrer Stellung zu dem ententistischen Kriegsgeschehen und sich offen zu ihnen bekennen werden.

Für Frieden und Freiheit.

Die erste öffentliche Volksversammlung während der Kriegszeit fand jetzt in Zimmern statt und war auch von bürgerlicher Seite sehr gut besucht. Abg. Baudert sprach über den Kampf der Sozialdemokratie für Freiheit und Frieden. In der Debatte ergriff von bürgerlicher Seite der Bürgermeister Willmann und Rektor Schüb das Wort. Dieser vertat entschieden die alldeutschen Forderungen; der Beifall seiner Anhänger wurde aber durch die lebhafteste Entrüstung des größten Teils der Versammlung stark gedämpft. Kurz vor der Abstimmung verließ das kleine Häuflein der unentwegten Alldeutschen den Saal, der größte Teil der Bürgerlichen nahm an der Abstimmung teil, und einstimmig wurde der Entschliebung zugestimmt, in der die Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei anerkannt wird.

Industrie und Handel.

Der englische Außenhandel.

Die englische Einfuhr ist von 630 Millionen im Vorjahr auf 602 Millionen Pfund (ein Pfund nach Friedenswährung 20 M.) gestiegen. Die englische Ausfuhr hat sich von 300 Millionen auf 407 Millionen Pfund erhöht. Dem Werte nach scheint also der unbeschränkte U-Boot-Krieg gar keinen Einfluß ausgeübt zu haben. Allein der Wert des Handels läßt über sein Volumen. Dem Gewichte nach ist eine empfindliche Abnahme festzustellen. So stieg der Wert der Baumwolle, um ein besonders krasses Beispiel anzuführen, um 78 Proz., ihr Gewicht fiel aber um 14 Proz. Auch ist zu bedenken, daß ab Juli dieses Jahres auch die Einfuhr für die Regierung mitgerechnet wird, was wiederum nicht gekostet und die Zahlen mächtig aufschwellen läßt. Die Ausfuhr ist noch immer sehr stark. Insbesondere hat sich der Export von Baumwollgeweben auf ansehnlicher Höhe erhalten können, während die Eisen- und Kohlausfuhr beträchtlich zurückging.

Abchwächung der Konjunktur im Maschinenbau.

Da in der Beschäftigung der Maschinenfabriken eine Abchwächung eingetreten ist, hat nach der „R.-W. Ztg.“ der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten an die Behörden eine Aufforderung gerichtet, die gebotene Möglichkeit zu Ausbehebungsarbeiten zu benutzen und den Maschinenbauanstalten jetzt die in dieser Beziehung bisher zurückgestellten Aufträge zu überschreiben.

Das Musterbeispiel einer Umstellung.

Die „Savotti“ Schokoladen- und Kakao-Industrie Akt.-Ges. war infolge des Kakao- und Zuckermangels gezwungen, neue Artikel in die Fabrikation aufzunehmen, wodurch die Ausfälle im regulären Geschäft weitgemindert wurden. Zu den Neufabrikationen gehören Gafertrocken, auch hat die Gesellschaft ein neues Waschmittel auf den Markt gebracht, das sich sehr gut eingeführt haben soll.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Schöneberg. Sonntag, den 23. September. Fahrt nach Zehlendorf—R. Waldhorn. Treffpunkt 7 Uhr. Koller-Bühnen-Platz. Abends Spielen im Lokal von Genkel. Anfang 8 Uhr.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 23. September, vormittags 10^{1/2} Uhr, im großen Festsaal des Berliner Stadthauses, Eingang Kollerstraße, Feiern der Jugendweibe. Festvortrag: Herr Ernst Däumig. Künstlerkonzert. Rinderhof. Eintritt 20 Pf. Kinder 10 Pf.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Stetlich heiter, aber kühl, veränderlich und besonders im Küstengebiet noch öfter leichte Regenfälle.

Verantwortlich für Politik: Erich Rautner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schulz, Rensselaer; für Inserate: Th. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann Wiedemann & Co., Berlin SW.

Strom 1. Klasse und Unterhaltungsklasse.

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: Dantons Tod.
Sonntag: Faust I.
Nachm. 2^{1/2} U. (halbe Preise): Die deutschen Kleinstädter.
Kammerspiele.
8 Uhr: Das Konzert.
Sonntag: Gespenstersonale.
Nachm. 2^{1/2} U. (halbe Preise): Minna von Barnhelm.
Volksbühne.
Theater am Bülowplatz.
Untergrund. Schönk. Tor.
7^{1/2} Uhr: Was ihr wollt.
Sonntag: Das Wintermärchen.
Theater I. Königgrätzerstr.
Paul Lange und Tora Parsberg.
7^{1/2} Uhr: Die beiden Seehunde.
Komödienhaus.
7^{1/2} Uhr: Die beiden Seehunde.
Berliner Theater.
7^{1/2} U.: Die tolle Komteß.

WINTERGARTEN
Der erfolgreiche Eröffnungs-Spielplan
Dazu: 9 Uhr abends
Venezianische Nacht
Pantomime in 12 Bildern von Karl Vollmoeller

Zirkus A. Schumann
Bahnhof Friedrichstraße.
Anfang 8 Uhr.
Letzte Saison in Berlin.
Das neue Zirkus-Sport-Programm.
Neu! U. a. Neu!
Frl. Nadehura!
8 Frankoni 8
Zum Schluss: Schnitzeljagd

Theater für Sonnabend, 22. Sept.
Deutsches Opernhaus
6^{1/2} Uhr: Lohengrin.
Friedrich-Wilhelmst. Theater
7^{1/2} Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Kleines Theater
7^{1/2} Uhr: Bürger Schippel.
Komische Oper
11^{1/2} 8 U.: Schwarzwaldmädel.
Morg. 3^{1/2} U.: Die Dose Sr. Majestät.
Lustspielhaus
7^{1/2} Uhr: Die blonden Mädels vom Lindenhof.
Morg. 3^{1/2} U.: Herrsch. Diener ges.
Neues Operettenhaus
7^{1/2} Uhr: Der Soldat der Marie.
Morg. 3 Uhr: Der Obersteiger.

Rose-Theater.
3^{1/2} Uhr: Aschenbrödel.
7^{1/2} Uhr: Der Weiberfeind.
Walhalla-Theater.
7^{1/2} Uhr: Zigeuner.

Berliner Konzerthaus
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute:
Großes Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchesters
Leiter: Komponist Franz von Sion.
Anfang 7 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 Uhr.
Morgen Sonntag: **Gr. Konzert.** Anfang 4 Uhr.

Metropol-Theater
7^{1/2} Uhr: Die Czardasfürstin.
Residenz-Theater
7^{1/2} Uhr: Dyckerpotts Erben.
Schiller-Theater O
7^{1/2} Uhr: Gespenster.
Schiller-Th. Charl.
7^{1/2} Uhr: Die Distel.
Thalia-Theater
7^{1/2} Uhr: Egon und seine Frauen.
Theater am Nollendorfsplatz
7^{1/2} Uhr: Die Gulaschkanone.
Theater des Westens
7^{1/2} Uhr: Der verliebte Herzog mit Guido Thielscher.

Apollon
Friedrichstraße an der Kochstr.
Allabendlich 7^{1/2} Uhr:
Fregolia, Paul Beckers
und das große September-Programm.
Kasse ab 10 Uhr geöffnet.

Kabarett Tivoli
Spielplan vom 16.—30. September:
Schwestern Norina
Prenz-Rudolfi — Terka Semmelhoff
Willy Johannes — Cläre Rosen
Großes Orchester: Julius Meyer
Anfang wochent. 7^{1/2}, Sonnt. nachm. 4^{1/2} Uhr.
Kottbuser Damm 95
Fernspr.: Moritzpl. 14553

NATIONAL-THEATER.
Cöpenicker Straße 68.
Die täglich ausverkauften Häuser beweisen den **Großen Erfolg!**
Das ist die Siehe...!
Operettenposse in 3 Akt. Musik v. Walter Bromme.
1. Bild: Baron Fliegenleims Pleite.
2. „: Rombach Karlsruher.
3. „: Gerichtssaal in Kieckmal.
Sonntag 3. Die Grille in erster Besetzung.
Vorverkauf: ab 10 Uhr ununterbrochen (auch Tieta).

URANIA
4 Uhr (halbe Preise):
Tirol einst und jetzt.
8 Uhr:
Dr. R. Pöhle:
Die Einnahme von Riga.

Apollon
Friedrichstraße an der Kochstr.
Allabendlich 7^{1/2} Uhr:
Fregolia, Paul Beckers
und das große September-Programm.
Kasse ab 10 Uhr geöffnet.

Palast
Tägl. 7^{1/2}, Sonnt. 3^{1/2} u. 7^{1/2}
Wilhelm Hartstein
in dem Soldatenschwank:
Der Stolz der 3. Kompanie
Fers: Senta Söneland
Maxstadt
und das übr. Programm.

Kerkau-Palast
Behrenstraße 48
Im 1. Stock Punkt 5 U. nm.:
Marionetten
Unt. ander. werd. vorgef.:
Francilla Kaufmann
Lucie Kieselhausen
Klassische Tänze
Sant M'ahesa
Orientalische Tänze
Robert Steidl
Gebrüder Wille
Hand- u. Kopf-Akrobaten
Salerno
der berühmte Jongleur
Blondel
am Schwungseil
Toto
der unverwundl. Clown
Hochinteress. f. Erwachsene,
und Kinder, jung und alt.
Keine erhöhten Preise
für Getränke erster Güte.
Eintritt u. Garderobe frei.
d. allbekanntest.
Gottschalk-Kap.

Trianon-Theater
Georgenstr., Bf. Friedrichstr.
7^{1/2} U. Allabendlich 7^{1/2} U.
Der Lebensschüler.
Schauspiel von Ludwig Fulda.
Kaiser-Tite, Ida Wüst,
v. Mollendorff, Kottner, Flink.
Sonntag 3^{1/2}: Johannfeuer.

Busch
Täglich 7^{1/2} Uhr.
Sonntags 3^{1/2} u. 7^{1/2} Uhr:
Assad, „der Dünnemacher“
Puppechen, d. Oper-Pferd.
Jean u. Emmy Reinsch
in ihr. eigenart. Leistung,
einz. Nummer dieser Art.
Geschw. Ballet,
an der rot. Leiter.
De Wyo & Jerome am der
schwank Tischpyramide.
Die lust. Scherenschieß.
3 Borkums.
Medl. d. Rüssel a. Magnet.
Frl. Resitas akrob. Hunde.
Blumenfelds Freiheitsadress.
Mai, Franzl, Revolly,
Marzelly, Spaßmacher.
Zum Schluß:
„Die 3 Pierrots“
mit d. origin. Hamsterzug
u. d. burlesk. Clown-Ball.
100 Clowns i. d. Manège.
Sonntag 3^{1/2} Uhr:
Das gr. Programm und
„Die 3 Pierrots“.
1 ungehöriges Kind frei!

Puhlmanns Theater.
Schönhauener Allee 118
(am Kochstr. Danziger Str.)
Heute Sonnabend, 22. Sept.,
7^{1/2} Uhr: (4925)
Der gute Kamerad.
Geschichte einer Ehe
in 6 Bildern
nach dem Roman in der
„Berliner Post“.
Billetts an der Kasse.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Anfang 7^{1/2} Uhr.
Jed. Sonntag
nachmittag
3 Uhr
Vorstellung
z. ermäßigten
Preisen!
Logen I. M., Parkett 75 Pf.
Eintritt 30 Pf.
Billetts schon heute!

Casino-Theater
Kollbrunner Straße 37.
Täglich 7^{1/2} u. 8 Uhr:
Bilderliche Humori! (Se. Erfolg!)
Die Schlagerparade!
Heiraten mußte!
Vorher der neue bunte Teil.
Sonnt. 4 Uhr: Gäste, die Paris.

Admirals-Palast.
Die Novität
Abrakadabra
Großes phantastisches
Ballett auf dem Eis.
7^{1/2} U. Vorzügl. Küche.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Norden

Dr. Bendendorff
Neue Bechstr. 39
nach Schützenstr.

Fleisch u. Wurst.
Getschmanns Centr. Wisker-
Str. 153.

Kolonialwaren
Streitauer
Str. 37

Möbelmagazine
Reichsstraße 97
Tischlermeister

Wiese & Co.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Osten

Butter, Eier, Käse
P. H. Ackermann, 8 Filialen

Mehlhandlung
Königsberger
Straße 26/27

Photograph. Ateliers
Inh. G. Zentke, Andreas-
Str. 28 a. Andreasplatz

Warenhäuser
Wilhelmsburger Warenhaus
Alt-Stralauer 11, Vor- u. 5^{1/2} U.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.),
f. Syphilis, Harn- u. Frauenleiden
Erich-Hata-Kur (Dauerort),
Blutuntersuch. Schnelle, sichere
schmerzlos. Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung. 223/6*
Sprechstund.: 11—1 u. 6—8

Friedensvorbereitungen der Volkswohlfahrtspflege.

Der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit hält in Berlin eine Kriegslagerung ab. Sie gilt vor allem den Fragen der Ueberleitung aus der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft.

Der zweite Vereinsvorsitzende Bürgermeister von Hülland in Mannheim hob in seiner Begrüßungsansprache hervor, daß der Verein durch den Krieg vor ganz neue dem Krieg zu lösende Aufgaben gestellt sei. Bürgermeister Reide in Berlin, der die Grüppe Berlin überdrückte, wies hin auf die Schwierigkeit, den infolge des Krieges angeschwollenen Strom der Wohltätigkeit wieder in ruhiger Bahnen zu lenken. In dieser Kriegszeit habe oft die rechte Hand nicht wissen dürfen, was die linke tat, aber das könne so nicht fortauern.

Zu dem Thema „Die Uebergangsfürsorge vom Krieg zum Frieden“ führte in einleitenden Bemerkungen der Verwaltungsdirektor Blau-Strahburg i. E. aus, daß nicht Monate und Jahre, sondern Jahrzehnte unsere Volkswirtschaft schwer zu lämpfen und zu leiden haben werde, bis der Wiederaufbau unserer Industrie erreicht sei. Von diesen wirtschaftlichen Entwicklungen hänge die Gestaltung der sozialen Probleme ab, unter denen besonders die Lohnfrage und die Frage vor und nach dem Krieg die breiten Massen der Arbeiter beunruhige. Aber noch ganz andere Volksschichten als diejenigen, die sonst zu den Schwachen gerechnet wurden, werde man in der Uebergangszeit als hilflosbedürftig ansehen müssen.

Überbürgermeister Cuno-Hagen referierte über „Die Ueberleitung der Kriegsfamilienunterstützung in die Friedensverhältnisse“. Alles komme darauf an, wie die Demobilisierung sich vollzieht. Selbstverständlich könne man nicht sofort alle Mannschaften entlassen, aber schwierig sei auch, bei einer nach und nach zu bewirkenden Entlassung die Auswahl zu treffen. Um den Entlassenen das Einleben in die Friedensverhältnisse zu erleichtern, fordert Cuno hauptsächlich: Den entlassenen Mannschaften ist die Wohnung auf drei Monate fortzugeben, dazu für Verpflegung und Kleidung täglich 1,50 M., den Offizieren nur die Bezahlung auf drei Monate. Familienunterstützung ist fortzugeben auf drei Monate nach Entlassung, und außerdem um die Frage der Bedürftigkeit, bei Tod vor der Entlassung so lange, bis die Hinterbliebenen zugewiesen oder in erster Instanz abgelehnt sind. Fortzahlung der Familienunterstützung hat auch zu erfolgen bei Zurückbehaltung im Heere zur Erfüllung der Dienstpflicht. Die Kriegswohlfahrtspflege der Gemeinden, abgesehen von der Arbeitslosenunterstützung, sei — wünscht Cuno — längstens bis sechs Monate nach Friedensschluß fortzuführen, danach müsse bei Fortdauer der Unterstützungsbedürftigkeit die Armenpflege eintreten. Gegenüber den Rücksichten auf die Gesamtstimmung der Bevölkerung habe in der Kriegszeit und auch in der Uebergangszeit jede Rücksicht auf Geldfragen zurückzutreten, aber es müsse einmal eine Grenze haben, daß Millionen Menschen sich an Unterstützungsempfang gewöhnen. Da werden wir, schloß Cuno, hart werden — hart sein müssen.

In der Diskussion regte Genosse Umbreit als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften einige Änderungen der von Cuno vorgelegten Leitlinie an. Wegen der Teuerung aller Lebensmittel sei der den Entlassenen zu gewährende Betrag für Verpflegung und Kleidung nicht unter 2 Mark zu bemessen. Den in einem Amt stehenden und Gehalt beziehenden Entlassenen dürfe nicht noch Löhnung auf drei Monate gezahlt werden. Bedenklich sei, bei Tod vor Entlassung die Familienunterstützung nur so lange fortzugeben, bis über die Hinterbliebenenbezüge die erste Instanz entschieden hat. Sie entscheidet sehr oft ablehnend, so daß aus sofortigem Fortfall der Unterstützung sich Härten ergeben. Dringend sei hier erforderlich, ein Rechtsmittelverfahren einzuführen. Umbreit wandte sich dann gegen Blaums Bemerkung über die Abhängigkeit der sozialen Probleme von der künftigen Wirtschaftsgestaltung. Darin liege, daß die Erfüllung der sozialen Pflichten sich nach dem Grad der wirtschaftlichen Wiedergeburt richten solle. Umgekehrt dürfe man sagen, daß die wirtschaftliche Wiedergeburt durch die Erfüllung der sozialen Pflichten gefördert werde.

Die Anregungen des Genossen Umbreit bezeichnete der erste Vereinsvorsitzende Geheimrat Müller-Golmar i. E. als sehr beachtenswert. Direktor Volksgelie-Frankfurt a. M. und Bürgermeister Luppe-Frankfurt a. M. legten Leitlinie vor, die bei grundsätzlicher Zustimmung zu Cunos Ausführungen darin abwichen, daß den Familien der Entlassenen ohne Rücksicht auf wiedererlangte Beschäftigung mindestens für einen Monat die Unterstützung fortgezahlt werden soll. Unentbehrliche Voraussetzung für die Ueberleitung sei, daß bei der Aufstellung des Entlassenenplans die bürgerlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Kriegsteilnehmer in den Vordergrund gestellt werden. — Diese Leitlinie wurden einstimmig angenommen.

Es folgte ein Referat des Landtagsabgeordneten Genosse Lindemann-Stuttgart über „Die Arbeitslosenunterstützung in der Uebergangszeit“. Die Rückkehr der Kriegsteilnehmer und die Einschränkung des Heeresbedarfs werde für die Arbeiterbevölkerung eine Wasserwende der Arbeitslosigkeit zur Folge haben, bei der eine volle Aufsaugung der Arbeitskräfte nicht zu erwarten sei. Lindemann wies hin auf die Bedeutung der Gewerkschaften und auf die von ihnen schon in der Friedenszeit geleistete Arbeitslosenunterstützung, an die in der Kriegszeit die Gemeinden angeknüpft haben. Die Gewerkschaften seien außerordentlich wertvolle Organe für die Durchführung der Arbeitslosenunterstützung in Friedenszeiten, und man wolle volle Ausnutzung der von ihnen geleisteten Arbeit wünschen. Es liege aber nahe, die Gewerkschaften über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus für die Arbeitslosenunterstützung nutzbar zu machen, wie es manche Gemeinden in der Kriegszeit bereits tun. Die Arbeitslosenunterstützung in der Kriegszeit unterscheidet sich nach dem Beruf, der Beschäftigungsart, dem Alter usw., während diejenige der Friedenszeit in solchen Unterabteilungen die Grundlage der Einheitsleistung des Mittels, der Solidarität des Interesses und der genossenschaftlichen Selbsthilfe hat. Auch für die Arbeitslosenunterstützung der Uebergangszeit fordert Lindemann die Gewerkschaftendifferenzierung, wobei er für Selbständige und für Angehörige freier Berufe die Organisationen der Mittelstandshilfe, für Angestellte und für gelernte und angelernte Arbeiter ihre Gewerkschaften, für Angelernte die Gemeinde oder den Kreis als geeignete Träger der Fürsorge ansieht. Von Prüfung der Bedürftigkeit könne bei Angestellten und Arbeitern abgesehen werden, wenn ihre Gewerkschaften die Kontrolle der Arbeitslosigkeit übernehmen und einen Teil der Unterstützung tragen. Die Gewährung der Unterstützung dürfe nicht von mehr oder minder langer Ortsangehörigkeit abhängig gemacht werden, da die Uebergangszeit große Verschiebungen bringen werde. Bei Angehörigen sei die Gewährung der Unterstützung mit der Verpflichtung zu allgemeiner und beruflicher Fortbildung zu verbinden. Die Aufbringung der Unterstützungsstellen müsse in erster Linie Sache der Gewerbe sein; es sei wirtschaftlich begründet und berechtigt, die durch die Kriegswirtschaft begünstigten Gewerbe zur Anlegung eines Kontos zu zwingen. In zweiter Linie hätten Gemeinde oder Kreis, Staat und Reich einzutreten. Lindemann schloß, die Gewerkschaften für die Arbeitslosenunterstützung müsse ein Problem der Gemeindepolitik sein.

Prof. Allmann-Rannheim erörterte „Die Aufgabe der Unterstützung in der Uebergangszeit“. Die Uebergangszeit dürfe nicht bloß Kriegseinrichtungen abbauen. Der Krieg habe die Möglichkeit gegeben, neu anzufangen. Um aufbauende Tätigkeit handle es sich. Bei dem Unterstützungsweesen sei

zu bekämpfen die Unterscheidung in Kriegsteilnehmer und solche, die es nicht waren. Kriegsteilnehmer seien auch die Munitionsarbeiter und eigentlich wir alle. Da habe man gleichartige Unterstützung aller Bedürftigen anzustreben. Die Frage der Unterstützungsmaßstäbe sei ein Problem der Auseinandersetzung über grundsätzliche Fragen des Verhältnisses von Fürsorge und Sozialpolitik. Das Unterstützungsweesen müsse die Volkskraft zu härten und den Arbeitswillen und die Arbeitsmöglichkeit zu steigern suchen. Größte Aufmerksamkeit erfordere die gesundheitsliche Fürsorge, besonders für die Frauen und für den Nachwuchs. Vor allem sei auch die drohende Gefährdung des Lohnbaus zu beachten. Redner behandelte dann Einzelfragen, wie die Neuprüfung des Existenzminimums, die Bedeutung des Wohnungsbedürfnisses für die Gesamterfordernisse des Lebensunterhalts, den Vorteil der Naturalunterstützung gegenüber der Lebensmittel- und Wohnungssteuerung. Er forderte Zentralisation des Unterstützungsweesen durch Wohlfahrtsämter, um zureichende Leistungen zu ermöglichen. Zum Schluß sprach er sich dagegen aus, daß bei der Hilfe für Kriegsschädigte von dem Gedanken des „Schadenersatzes“ und des Anspruchs auf Erhaltung der vor dem Krieg innegehabten sozialen Stellung ausgegangen werde.

Die Diskussion über Lindemanns Referat wurde vom Genossen Umbreit eröffnet. Rindfleisch für die erste Uebergangszeit, für die Zeit der „Umstellung“, sei große Arbeitslosigkeit zu erwarten. Die hier gestellte Aufgabe könne nur gelöst werden in engstem Zusammenarbeiten von gewerkschaftlicher und öffentlicher Erwerbslosenhilfe. Die Gewerkschaften seien wieder zur Mitarbeit bereit, wollen aber nicht wieder die im ersten Kriegsjahr vorgekommenen üblen Erfahrungen machen. Zu Lindemanns Vorschlägen führte Umbreit aus, daß zwischen Gelernten, Angelernten und Ungelernten die Grenzen schwankend sind und alle drei Gruppen nebeneinander den Gewerkschaften angehören. Da die Mittel der Gewerkschaften nicht ausreichen, müsse öffentliche Hilfe ergänzend eingreifen. Aber nach den früheren üblen Erfahrungen müsse gefordert werden, daß die Anrechnung öffentlicher Arbeitslosenunterstützung, wo sie erfolgt, höchstens bis zur Hälfte des von der Gewerkschaft geleisteten Betrages gehen darf. In Arbeitsämtern sei eine gewisse Gewähr für angemessene Behandlung dieser Frage gegeben, als man sie bei vielen Gemeinden leider gegeben habe.

Von mehreren Rednern wurden die Schwierigkeiten erörtert, die das Problem der Arbeitslosenunterstützung in der Uebergangszeit und in der Friedenszeit bieten werde. Prof. Dr. Bäumer hob die besonderen Schwierigkeiten hervor, die bei der Demobilisierung der Frauenarbeit sich ergeben müssen. Einstimmig angenommen wurde eine Resolution Blau, die eine baldige reichsgesetzliche Einführung der Erwerbslosenhilfe unterstützung fordert. Die Verwaltung habe zu erfolgen durch Gemeinden und Kommunalverbände in Verbindung mit Berufsvereinen der Arbeiter und Angestellten und im Anschluß an Arbeitsnachweise. Für die Uebergangszeit wäre der überwiegende Teil der Kosten von Reich und Staat zu tragen.

Die Stellungnahme zu der in Altmanns Referat gegebenen Anregung, Wohlfahrtsämter zu schaffen, wurde einer späteren Tagung vorbehalten. Eine einstimmig angenommene Resolution billigt seine Grundausfassung, daß die Unterstützungsmaßstäbe vor allem dem Aufbau der deutschen Volkskraft entsprechen müssen.

Deute werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Groß-Berlin

Spaltung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion Genosse Heimann erhielt gestern früh folgendes Schreiben:

Berlin, 20. 9. 17.

Werter Kollege Heimann!

Eine größere Anzahl Kollegen der sozialdemokratischen Rathausfraktion, eingeschriebene Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, haben sich entschlossen, eine selbständige Fraktion der U. S. P. ins Leben zu rufen. Die Namen der in Betracht kommenden Kollegen werde ich Ihnen bis zum Beginn der künftigen Woche mitteilen.

Die Fraktion hat sich konstituiert, mich zu ihrem Vorsitzenden, Pinke zum stellvertretenden Vorsitzenden und Dr. Rosenfeld zum Schriftführer gewählt.

Ich bin beauftragt, Sie hiervon in Kenntnis zu setzen. Mit kollegialem Gruß

Dr. Weyl.

Damit sind die andauernden, von allen Seiten anerkannten Bemühungen des Vorsitzenden, die Fraktion auch unter den gegenwärtigen schwierigen Parteiverhältnissen zusammenzuhalten, zum Scheitern gebracht.

Wie wir hören, wird als Grund für die nunmehr erfolgte Spaltung der folgende Beschluß des Bezirksvorstandes der U. S. P. vom 5. September angegeben:

„Der Bezirksvorstand hält es für geboten, daß die Mitglieder der Stadtverordnetenfraktion, die auf dem Boden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stehen, ihre Tätigkeit im Zusammenhang mit den Organisationen dieser Partei ausüben. Sie haben als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei das Mandat erhalten und sind nur dieser und ihren Organisationen verantwortlich.“

Wie dieser Beschluß zwingenden Grund zur Spaltung geben konnte, ist vollkommen unerfindlich. Man brauchte aber jetzt irgend einen äußeren Anlaß, denn seit langem schon waren einflussreiche, mit jedem Monat stärker drängende Kräfte am Werke, unter allen Umständen die Spaltung herbeizuführen. Da innerhalb der Fraktion einigermaßen zureichende Gründe nicht vorhanden und nicht zu erwarten waren, wurde der mitgeteilte Beschluß als Keil benutzt.

In dem Bestreben, dem Bezirksvorstand der U. S. P. wegen dieses Beschlusses die Schuld an der Spaltung zuzuschreiben, haben die Drahtzieher aber ganz vergessen, daß bereits am 16. Juni d. J. in der Generalversammlung der Unabhängigen im 6. Berliner Reichstagswahlkreis beschlossen wurde: „eine Trennung von den auf dem Boden der Mehrheit stehenden sozialdemokratischen Stadtverordneten vorzunehmen und dies auch öffentlich in die Erscheinung treten zu lassen“; sie haben vergessen, daß noch vor kurzem von der gleichen Stelle die endliche Ausführung dieses Beschlusses dringend gefordert wurde.

Gleichfalls im Juni dieses Jahres sind bereits mehrere, auf dem Boden der U. S. P. stehenden Stadtverordneten Briefe der unabhängigen Organisationen zugegangen, in denen die betreffenden Genossen aufgefordert wurden, zur Rechtfertigung vor den neuen Organisationen zu erscheinen.

Wie kann man angesichts dieser Tatsachen zu behaupten wagen, der Bezirksvorstand der U. S. P. habe durch seinen Beschluß den Bruch veranlaßt?

In mühevoller Arbeit eines vollen Menschenalters hat die Fraktion eine achtunggebietende Stellung in der Berliner Stadtverwaltung zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung errungen. Wie bisher, so konnte das Kommunalprogramm auch weiterhin die Grundlage für gemeinsame erspriehliche Tätigkeit abgeben. Ohne inneren Grund ist der stolze Bau, an dessen Grundlegung und Errichtung der Genosse Paul Singer in erster Reihe mitgewirkt hat, in Trümmer geschlagen. Der bisherigen Tätigkeit der Unabhängigen stellt diese neue Tatsache würdig zur Seite.

Keine Beschlagnahme der Gemüseernte.

Infolge der durch die Reichsstelle für Gemüse und Obst des Landes-, Provinzial- und Bezirksstellen erteilten Ermächtigung, mit Genehmigung der Reichsstelle Beschränkungen im Absatz von Gemüse einzuführen, ist vielfach die Auffassung entstanden, daß zufolge dieser Bekanntmachung das gesamte Gemüse beschlagnahmt sei. Diese Annahme ist, wie der Vorsitzende der Reichsstelle für Gemüse und Obst betont, irrig. Die auf Grund der Bekanntmachung vom 12. September 1917 getroffenen Beschränkungen gelten nur für bestimmte Erzeugergebiete und auch dort nur für bestimmte Arten von Gemüse. Für die übrigen Gebiete und Arten ist Einkauf und handelsmäßiger Verkehr mit Gemüse an keinerlei Genehmigung, auch nicht an Ausfuhr und Transportbeschränkungen gebunden, sondern unterliegt lediglich den Bestimmungen der Verordnung vom 3. April 1917.

Ob Beschlagnahme oder nicht — die Tatsache bleibt bestehen, daß in zahlreichen Teilen Berlins das Gemüse seit einigen Tagen so gut wie verschwunden ist.

Beschwerde über verfaultes Obst.

Dazu wird uns geschrieben: Die Reichsstelle für Gemüse und Obst gibt in ihrer Berichtigung zu, daß in Werder auf dem Bahnhof viele Zentner Obst verfaulten, weil die belieferten Marmeladenfabriken es nicht sofort verarbeiten konnten. Zu derselben Zeit wurden die dortigen Obstgärtner aber gezwungen, ihr Obst II an die schon überfüllten Fabriken zu liefern, obwohl in Berlin jebermann froh gewesen wäre, auch nur Obst II zu bekommen. Das Vorkommnis soll angeblich einen Ausnahmefall darstellen, der gewiß einmal vorkommen kann; obwohl in der jetzigen Zeit wirklich alles vermieden werden sollte, was solchen Klagen auch nur anscheinend Berechtigung gibt. Wer aber den Werderischen Bahnhof öfter besucht, der weiß, daß das Verladen angefallenen Obstes dort nicht zu den Seltenheiten gehört. Die Werderischen Obstgärtner sagen jetzt aber: Wir dürfen unser Obst II nicht nach Berlin bringen, sondern sollen es an die Marmeladenfabriken verkaufen, obwohl diese nicht einmal das von auswärts eingeführte Obst sofort verarbeiten können. Der größte Teil der Schuld fällt übrigens auf das unsachgemäße Verladen des Obstes. Wenn früher in einen Waggon mehr als 100 Zentner verladen wurden, hätten die Empfänger die Ladung zurückgewiesen. Heute aber werden 200—300 Zentner geladen. Dadurch wird das unten liegende Obst während der Fahrt zerquetscht und fault natürlich bei der sich im Bogen entwickelnden Hitze sehr schnell. Dieser Umstand sollte auch die Reichsstelle bedenken, wenn nicht außer einer Berichtigung alles beim alten bleiben und die Unzufriedenheit mit der Verteilung der Lebensmittel immer stärker werden soll. (2)

Berliner Mietseiningungsämter.

Nachdem das Ministerium des Innern dem Berliner Magistrat die Genehmigung erteilt hatte, Mietseiningungsämter zu errichten, erludte der Magistrat — wie wir in unserer Sonntagsnummer mitteilten — den Verein der Berliner Wohnungsmieter um die Angabe von Besitzern zu den Einigungsämtern. Außerdem hat der zuständige Dezernent des Magistrats neuerdings die Gewerkschaften und Angestelltenverbände aufgefordert, Verfügungen vorzuschlagen. Das ist denn auch ohne Verzögerung geschehen. Der Ausschuh der Gewerkschaftskommission hat in Gemeinschaft mit den Vertretern der Hirsch-Dunderiden und den christlichen Gewerkschaften dem Magistrat zwölf Verfügungen aus den Reihen der genannten Organisationen nomost gemacht. Es ist also anzunehmen, daß die Mietseiningungsämter in nächster Zeit in Tätigkeit treten werden.

Aufgaben der Jugendämter.

Die Hauptversammlung der Tagung deutscher Berufsvormünder wurde von Professor Klumpp mit Begrüßung der erschienenen Vertreter eröffnet. Für die Stadt Berlin antwortete Stadtrat Saisendach. Er sprach von der Arbeit, die Berlin für die Uebelbeladen in den letzten Jahren geleistet hat. Die Berufsvormundschaft, die jetzt für sie nur bis zum sechsten Lebensjahr dauert, würde am besten bis zur Erreichung der Volljährigkeit durchgeführt. Mit dem Vormundschaftsamt Berlin solle demnächst eine Schwangerenfürsorge verbunden werden, die ärztlichen und juristischen Rat gewährt. Als Vertreter des Justizministeriums und des Ministeriums des Innern führte Geheimrat Schloffer aus, daß die auf dieser Tagung zu erörternden Fragen der Jugendfürsorge spruchreif sind und zu ihrer nötigenfalls durch die Befehlsgewalt herbeizuführenden Lösung drängen. Das Jugendamt müsse eine Pflichteinrichtung werden.

In einem Referat über „Organisation von Jugendamt und Berufsvormundschaft“ forderte Direktor Dr. Blau-Strahburg i. E. die Aufgabe der Jugendämter möglichst weit zu fassen. Zwischen der bereits fürsorgebedürftigen Jugend und der übrigen dürfe man dabei keinen Unterschied machen, wenn auch die erstere die Haupttätigkeit des Jugendamtes erfordern werde. Einzufragen habe die Sorge für das Kind schon vor der Geburt, etwa im fünften Monat vor ihr, und wünschen müsse man allgemeine Einführung eines Zwanges zur Voranzeige der Geburt. Zum Aufgabenkreis der Jugendämter gehöre Schwangerenfürsorge, Wöchnerinnenfürsorge, Mutterberatung, Säuglingsfürsorge. In alle Familien ohne Unterschied der wirtschaftlichen Lage müsse die Fürsorge geben, um zu prüfen, ob Fürsorge nötig sei. An die Säuglingsfürsorge schließt sich die Kleinkinderfürsorge, die Fürsorge für die Schulpflichtigen, für die Schulentlassenen, die besondere Fürsorge für die Gefährdeten um. Die Mitwirkung der Berufsvormünder sei von größter Bedeutung. Blau empfahl ein „gemischt-soziales“ System, eine Verbindung von Gemeindefürsorge und privater Tätigkeit. Die einzelnen Organisationen sollen durch das Jugendamt nicht unterdrückt, sondern gefördert werden. Korreferent Assessor Klotz-Frankfurt a. M. behandelte die Einrichtung des Jugendamtes im einzelnen. In der Diskussion wurde geflagt, daß durch die Jugendämter die freiwillige Tätigkeit ausgeklüftet werde. Dr. Blau antwortete, er erwarte gerade deren weitgehende Heranziehung.

Ein Referat von Dr. Grabowski-Berlin regte die Schaffung eines dem neuen Reichswirtschaftsamt anzugliedernden Reichsjugendamtes an, das eine Zentralstelle der deutschen Jugendfürsorge sein soll. Nach langer Debatte einigte man sich auf Annahme einer Erklärung, daß dringend erforderlich sei, eine solche Stelle baldigst beim Reichswirtschaftsamt zu schaffen. Wünschenswert sei, vorher die in der Jugendpflege tätigen Organisationen anzuführen.

Es gibt Zeitungen,

von denen eigentlich niemand recht weiß, wozu sie da sind. Der Verleger gibt sie heraus, um an ihnen Geld zu verdienen, und das Publikum liest sie, entweder weil sie billig sind, oder weil ihr Inhalt an die Denkfraft keine Ansprüche stellt oder aus einem Duzend anderen ähnlichen Gründen.

Eine Zeitung, die nicht zu dem Zweck gegründet ist und zu dem Zweck gehalten wird, einen großen Gedanken zu verkörpern, hat kein Recht auf Existenz. Würde der „Vorwärts“ nicht für Sozialismus, Demokratie, Frieden, Freiheit, gleiches Recht für alle, gegen Uebervorteilung der Besitzlosen, Lebensmittelmacher, Ausbeutung, rechtliche Ungleichheit kämpfen, so wäre er zwecklos, denn zum Geldmachen hat er den Verzicht verfehlt und seinen Lesern bloß die Zeit wegzunehmen will er auch nicht.

Aber weil der „Vorwärts“ ein Kämpfer für eine große Idee ist, darum will er auch anders gewertet sein als so mancher andere Blatt, und er erwartet von seinen Lesern nicht nur laue Sympathie, sondern Eingabe an die Idee, für die er selbst kämpft.

Wenn sich nur jeder zweite Leser des „Vorwärts“ diese Worte zu Herzen nimmt und diese Tage nicht verstreichen läßt, ohne seinem Blatt einen neuen Abonnenten gewonnen zu haben, dann wird bis zum 1. Oktober einer guten Sache ein großer Dienst geleistet sein!

Verzug von Kartoffeln aus ländlichen Kreisen. Der Magistrat Berlin bittet, zur Vermeidung von Mißverständnissen nochmals darauf hinzuweisen, daß der unmittelbare Verzug von Kartoffeln vom Erzeuger auf Grund von Bescheinigungen des Magistrats nur aus den Kreisen zulässig ist, in denen der Landrat im Einvernehmen mit dem hiesigen Magistrat die Ausfuhr bewilligt. Im Bureau des Magistrats, Abteilung für Kartoffelversorgung, Schilderstr. 7 I, wird während der Dienststunden Auskunft erteilt, ob im Einzelfalle auf Genehmigung des Bezuges gerechnet werden kann oder nicht. Es empfiehlt sich daher, solche Anträge mündlich zu stellen.

Ein Ei kann auf Abschnitt 31 der Eierkarte vom 24. September bis 7. Oktober abgegeben und entnommen werden.

Petroleum. Die Geltungszeit der neuen Petroleumarten und der Verkauf des Kartenpetroleum beginnt am 24. September. Von diesem Tage ab sind die Petroleumarten bei den zuständigen Brotkommissionen in Empfang zu nehmen. Der Verkaufspreis für ein Liter Kartenpetroleum beträgt 30 Pf., für 1/2 Liter sind also 15 Pf., für 1/4 Liter 8 Pf. zu zahlen.

Linienumleitungen bei der Straßenbahn. Gleisumschaltungsarbeiten auf der Kreuzung der Reuen und Alten Schönhauser Straße, der Münz- und Weinmeisterstraße machen es erforderlich, die in diesen Straßen verkehrenden Linien in der Nacht zum 25. September und in der Nacht zum 2. Oktober d. J. von 12 Uhr an in beiden Richtungen umzuleiten. Es werden verkehren: Linien 3, 11, 36, 68, 168 über Königstraße, Spandauer Straße, Kaiser-Wilhelm-Straße, Kofenstraße, Hadeser Markt, Kofenthaler Straße; — Linien 52, 53, 54, 55 vom Hadeser Markt über Kofenthaler Straße, Kofenthaler Platz, Lothringer Straße, Schönhauser Tor; Linien 47, 48 vom Rathaus über Königstraße, Alexanderplatz, Alexanderstraße, Mühlstraße, Alte Schönhauser Straße.

Ein gefährlicher Fabrikbrand kam am Freitag früh um 6 Uhr in der Mantuffelfstr. 77 und bisher noch nicht genau festgestellter Ursache zum Ausbruch. Als die ersten Löschzüge an der Brandstelle ankamen, stand die Fabrik der Aktiengesellschaft von Oskar Falbe schon im Erdgesch. Keller und im ersten Stock in Flammen. Es gelang, eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Der Betrieb der Fabrik wird fortgesetzt.

Aufgefundene Leiche. Am 20. September, vormittags, wurde in der Heide bei Schulzendorf an der Berlin-Stremmer Bahn, die Leiche eines unbekannter Mannes erhängt aufgefunden, der nur einige Stunden geblieben hat. Der nach der Leichenhalle des Guts-Friedhofes in Blößen gebrachte Tote ist etwa 70—75 Jahre alt, groß, schlank, hat blaue Augen, graues Haar (Glatze) und ebensolchen kurz gehaltenen Schnurr- und Spitzbart und ist bekleidet mit schwarzem Jacketanzug, schwarzem steifen Hut, weißem Vorhemd mit Unterlegungen und schmalen, schwarzen Bindenschlepp, weißem Hemd, Normalhemd und Unterhose, grauen Strümpfen und schwarzen Gummigüßeln. Wahrscheinlich liegt Selbstmord vor. Erkennen des Toten wollen sich bei der Legeler Polizei melden.

Werkpruch.

Was ein Soldat ohne Gewehr,
Ein Schneider ohne Scher,
Ein Reiter ohne Gaul,
Ein Anwalt ohne R—,
Eine Leiter ohne Sprossen,
Ein Fisch ohne Flossen:
Ein Kerl, kurz, ohne Kopf und Herz,
Das ist ein Arbeiter ohne „Vorwärts“!

Spandau, Lebensmittel. In den durch Ausschlag fennlich gemachten Geschäften können vom Freitag, den 21., ab gegen Abtrennung von Feld 10 der Lebensmittelkarte 120 Gramm Deringe zum Preise von 80 Pf. entnommen werden. Die Geschäfte haben die verbliebenen Restbestände bis spätestens Montag, den 24., im Zimmer 345 des Rathauses anzumelden.

Schöneberg, Lebensmittel. Von Sonnabend, den 22., bis Dienstag, den 25., findet Voranmeldung statt für 1 Pfund Auslands-Marmelade auf Abschnitt Nr. 65 der Rahrnittelkarte und 1/2 Pfund Anochenbrüh-Extrakt auf Abschnitt Nr. 66 der Rahrnittelkarte. Auf Abschnitt Nr. 19 der Rahrnittelkarte für Jugendliche wird von Montag ab 1/2 Pfund Himbeerlakt ohne Voranmeldung verkauft. Außerdem werden in der kommenden Woche 100 Gramm Schokolade für die Kinder bis zu 12 Jahren und 1/2 Pfund Lebkuchen für die Jugendlichen bis zu 18 Jahren ausgegeben.

Wilmerdorf, Abgabe von Reis, Schokoladenpulver und Schokolade in Tafeln für Kinder findet auf die durch die Brotkommissionen in der Zeit vom Mittwoch, den 12. bis einschließlich Sonnabend, den 15. September d. J. verteilten besonderen Bezugsscheine in der Zeit vom Montag, den 24. September bis einschließlich Sonnabend, den 29. September statt. Näheres ersehe man aus der Bekanntmachung des Magistrats!

Neußölln, Kartoffelversorgung. Der Magistrat gibt bekannt, daß den Einwohnern die Möglichkeit geboten ist, ihre Kartoffelration der nächsten Woche von 7 Wd. schon in dieser Woche nach Maßgabe der bei ihrem Kleinbändler vorhandenen Vorräte einzulösen. Jedoch soll der Kleinbändler erst dann berechtigt sein, die Menge für die kommende Woche abzugeben, wenn er seine sich bei ihm meldenden Kunden für die laufende Woche versorgt hat. Der Magistrat empfiehlt, von dieser Möglichkeit der Vorausentdeckung Gebrauch zu machen, da in dieser Woche die Zufuhr sehr reichlich ist, während mit dem Beginn der vollen Kartoffelernte auf dem Lande ein Nachlassen derselben zu erwarten steht.

Lichtenberg, Brennholzversorgung. In der letzten Sitzung des städtischen Rahrnittelauausschusses teilte der Vorsitzende Stadtsyndikus Dr. Marek mit, daß der bei der Lichtenberger Bevölkerung vorhandene Kohlenvorrat nach der Bestandsaufnahme 110 000 Zentner betrug. Es entfielen also auf den Kopf der Bevölkerung 1/4 bis 1 Zentner, woraus hervorgeht, daß die Bevölkerung sich bereits vor Beginn der behördlichen Kohlenverteilung nicht unerheblich mit Kohlen eingedeckt hat. Nennlich bedeutende Anläufe hat die Stadt an Brennholz gemacht. Es sind bisher rund 25 000 Raummeter angekauft worden. Durch weitere Anläufe auf Versteigerungen in Forsten soll die Gesamtmenge auf 40 000 bis 50 000 Raummeter gebracht werden, so daß jede Haushaltung im Durchschnitt mindestens einen Raummeter Holz erhalten kann. In Bezug auf die Versorgung mit Holz genießt Lichtenberg durch den Besitz seiner großen städtischen Gasanstalt und insbesondere der neuen Kokerie einen erheblichen Vorzug. Die städtischen Werke haben ständig ein großes Kohlenlager und stellen besonders während der Wintermonate so große Kohlenmengen her, daß der Bedarf an Holz für die Lichtenberger Bevölkerung völlig sichergestellt ist. Der vorhandene Holz soll von den städtischen Werken vorzugsweise an Lichtenberger Einwohner abgegeben werden. Mit Rücksicht darauf, daß viele Haushaltungen den Holz nicht zweckmäßig verwenden, sollen praktische Versuche angestellt werden, in welcher Weise der Holz in den hier üblichen Öfen am besten ausgenutzt wird und die Bevölkerung dann durch ein Merkblatt über die zweckmäßige Verwendung von Holz aufgeklärt werden.

Kowawes, Gemeindevorstellung. Das Gewerkschafts-Lartell hatte beantragt, den Inhabern von Brotkarten zu erlauben, auf die erst vom Montag ab gültigen Brotkarten schon am Sonnabend einen Teil ihrer Brotmenge zu beziehen, da viele Arbeiter des frühen Aufbruchs zur Arbeit wegen Montags früh, wo die Bäckereien noch geschlossen seien, nicht in der Lage sind, sich das nötige Brot zu beschaffen. Der Bürgermeister erkannte die Berechtigung dieses Wunsches an und versprach seine Bekräftigung an maßgebender Stelle, da er selbst dazu nichts tun könne. — Den wichtigsten Beratungspunkt bildete die Gasversorgung. Genosse Ötmer wies durch zahlreiche Beispiele nach, welche Ungerechtigkeiten die Verordnung, betreffend die Gasbeschränkung auf 80 Proz. enthalte. In seiner Verantwortung erkannte Syndikus Rosenthal die Ungerechtigkeiten vollkommen an, sprach jedoch den hiesigen Direktor Vflüge von jeder Schuld frei. Auf die Beschwerde beim Reichskommissar, daß Kowawes mit 80 Proz. des vorjährigen Gasverbrauchs auskommen solle, während den übrigen Vororten 90 Proz. zugestanden worden seien, habe man zur Antwort erhalten, daß das Kowaweser Gas eine Kalorienmenge von 5000 Heizwert besitze gegen nur 4000 der anderen Orte, die Gemeinde läme deshalb bei 80 Proz. immer noch besser weg als andere Orte. Die Vertretung beschloß nach diesen Ausführungen, an zuständiger Stelle nochmals vorstellig zu werden, um den den Groß-Berliner Gemeinden zugestandenen Verbrauch von 90 Proz. auch für unsere Gemeinde zu erwirken. Die Frage der Erhöhung der Gaspreise wurde in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung verlegt.

Lebensmittel. Vom Freitag, den 21., bis Dienstag, den 25. d. Mts., werden auf den Kartenabschnitt 6 (rot) der Lebensmittelkarte Teigwaren ausgegeben. Auf den Kartenabschnitt 6 entfallen 100 Gramm Maffaroni zum Preise von 11 Pf. oder 100 Gramm Nudeln zum Preise von 10 Pf. Die Ware ist gegen Abgabe der vom Kleinbändler ausgestellten Bescheinigung in der oben festgesetzten Zeit in Empfang zu nehmen. — Auf den Kartenabschnitt 8 der Eierkarte (gelb) findet die Abgabe von Eiern statt. Die Karteninhaber haben den Kartenabschnitt 8 am Freitag, den 21. und Sonnabend, den 22. d. M., bei dem Kleinbändler abzugeben, bei dem die Ware zu beziehen wünschen. Der Karteninhaber erhält hierfür eine Bescheinigung. Der Eierhändler hat die von ihm abgetrennten Abgabemenge zu sammeln und sie am Montag, den 24. d. M., der Kriegswirtschaftsabteilung einzureichen. Anmeldungen, die nach dem 22. d. M. bei dem Kleinbändler eingehen, bleiben unberücksichtigt. Die Eiermenge, die auf den Kartenabschnitt 8 entfällt, wird noch bekannt gegeben.

Gerichtszeitung.

Die Weihenstephaner Bank vor Gericht. In der gestrigen Sitzung machte der Angeklagte Rechtsanwalt Appellrath einige Angaben über die Vorgänge beim Zusammenbruch der Bank. Er sei 1909 in die Genossenschaft eingetreten und 1911 Vorsitzender des Aufsichtsrats geworden. Als plötzlich die starken Abhebungen begannen und bereits die Höhe von 200 000 M. erreicht hatten, habe er mit Herrn Neues ernstlich Rücksprache genommen und dieser habe erklärt, die Gemeinde müsse helfen. Eine Ursache habe die Gemeinde dazu gehabt, da ja doch die Bank für die Gemeinde die Steuern einzog und es doch überhaupt im Interesse der Bank lag, wenn eine Katastrophe am Ort vermieden würde. Da nach Ansicht des Verbandssprechers Sörrensen zur Sanierung über 650 000 M., nach einer Auffassung der Treuhändervereinigung sogar etwa 800 000 M. erforderlich waren, so sei in der Generalversammlung vom 5. Juli beschlossen, die Anteile und Darlehen um das Fünftel zu erhöhen, wobei die Beschließenden allerdings von der Voraussetzung ausgingen, daß auf die Gemeinde helfen würde. Da 1100 Anteile vorhanden waren, würden bei dieser Erhöhung etwa 7 1/2 Millionen zu erwarten gewesen sein. Der Bürgermeister habe auch zweifellos den besten Willen gehabt, zu helfen, ihm wurden aber vom Kreisaußschuß die Flügel beschneitten und aus der weiteren Gemeindefürsorge wurde er abgehalten. Richtig sei es, daß es zu Klagen gegen Genossen gekommen sei, gegen die vorgegangen wurde, als die Einzahlung der Gelder auf Grund des Erhöhungsbeschlusses der Generalversammlung erfolgen sollte. Richtig sei es auch, daß darüber in Weihenstephan sich allgemeine Unruhe ausbreitete, die sich auch gegen seine Person richtete, weil man ihm vorwarf, daß er den Beschluß durch falsche Angaben über die Hilfe der Gemeinde gemacht habe. Das weise er entschieden zurück; er habe nur das angegeben, wozu er sich auf Grund der Besprechungen mit dem Bürgermeister für berechtigt gehalten.

Briefkasten der Redaktion.

W. I. S. 1. Gormannstr. 13, 2. Ja, wenn es sich um allgemein interessierende Angelegenheiten handelt. — **A. S.** Im Berliner Körbuch, II. Teil, Seite 191, finden Sie das Gemütsche. — **C. C. 183.** Wenden Sie sich an das Zentralkomitee des roten Kreuzes, Abteilung für Gefangenenerlöse, Berlin, Reims-Adreht-Straße, Preussisches Abgeordnetenhaus. — **Verstärkungsgebräch.** Bismarck trat im allgemeinen nicht für eine weitgehende Angliederung des erwähnten Gebietes ein; während d. S. wollte die Angliederung von Reg gefordert und durchgeführt hat. An Belfort ist überhaupt nicht gedacht worden. — **Simplon 100.** 1. Ausschüttung, Postauschlag. 2. Wenden Sie sich mit einer entsprechenden Anfrage an die Brandenburgische Dehmannen-Vereinigung in Neußölln, Mariendorfer Weg. — **W. D. 9.** Wenden Sie sich an den Allgemeinen Arbeiternrat, Berlin N., Gormannstr. 13. — **105.** Wenden Sie sich an das Kommando des Gefangenenerlöses. — **G. W. 14.** 1. Ja. 2. Es muß ein notarieller Vertrag mit dem Arbeitgeber abgeschlossen werden, worin sich dieser verpflichtet, den der Pfändung unterliegenden Betrag über Gehalt zu zahlen. — **R. R.** Die Frau möchte mit den Stellungsbescheinigungen des Gemanannes in die juristische Sprechstunde kommen. — **G. 100.** 1. Solange das Haus dem öffentlichen Verkehr dient, müssen die Treppen wegen der Dunkelheit beleuchtet werden. 2. Beim Vorkriegsrecht. — **Schütze im Felde.** Kriegsgewehrtaucher haben keinen Anspruch auf Unterführung, sofern sich in ihren häuslichen Verhältnissen nichts geändert hat. — **Januar.** Rein. — **R. 24. Neußölln.** 1. Sie brauchen keine Genehmigung. 2. Selbstverständlich. 3. und 4. Erledigt sich durch 1. 5a. Ja. b. Wenn ohne Grund getrennt, dann nein. 6. Kann es werden. — **W. D. 46.** Wenn der Wirt ordnungsgemäß löndigt, muß die Frau ziehen. — **N. 100.** Alterszulagen gibt es nicht. — **J. R. 36.** An das Stellvertreter-Generalkommando, zu dem der betreffende Truppenteil gehört. — **C. S. 113.** Wenden Sie sich beim Kommandanten an den Magistrat. Langsam, besonders bei Beschlüssen, ist eine besondere Krankheit der Behörden. — **B. S. 15.** 1. und 2. Ja. — **R. 21.** Hat keine Aussicht auf Erfolg. Antrag ist an das Stellvertreter-Generalkommando zu richten, zu dem der betreffende Truppenteil gehört. — **R. N. 51.** 1. Rein. 2. Erledigt sich durch 1. — **T. N. 38.** Wird zum vollen Jahr umgerechnet. — **C. S. 47.** Da Sie Soldat sind, werden Sie zur Steuer nicht herangezogen.

MÖBEL
liefert gegen bar
Bürgerl. Wohnungseinricht. Komplette aufgestellte Wohn-, Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer in großer Auswahl.
Teillzahlung gestattet.
Beiser
Lothringer Str. 67.
Sonnt. v. 8-10 Uhr geöffnet.

Skunks
-Stolas, Muffen
Harder, Ners, Alaska, Blau- u. Weißfische, Pelerinen, 40-200 Mk. Ferner Pelzmäntel, Herren-Geh-, Damen-Kostüme, Uster, Mäntel, Herren-Garderobe sowie in Lombard gewessene Uhren, Ringe, Brillanten, silberne Taschen sehr billig.
Leihhaus Moritzplatz 58a.

Für Ostpreußen
süde Weitzellen, Kleberschränke, Verriß, Sofas, Federbetten.
Weinstock, Neukölln, Kneeseckstr. 36. Telef.-Anschluß 2126.
Damenhüte
Empressen, neueste Formen. Hutfabrik Orth. Stallschreiberstr. 28. 3381*

B. FEDER
Norden: Brunnen-Strasse 1
Süden: Kottbuser Damm 103
Osten: Frankfurter Allee 350
Westen: Charlottenburg, Scharrrenstr. 6
Ecke Wilmerdorfer Str. empfiehlt
gegen bar und auf Kredit zu annehmbaren Bedingungen
Fertige Damen-Kleidung
Jackenkleider, Mantelkleider
Ulster mit u. ohne Pelzbesatz
Plüsch-, Samt- u. Astrach.-Mäntel
Seidenkleider, Kostümröcke, Blusen
Kinder- und Backfisch-Kleidung
Pelzkragen u. Pelzmuffen in Skunks, alle Arten Fische - Harder, Hitz
Damenhüte + Pelzhüte - Neueste Form
Fertige Herren-Kleidung
Burschen- u. Jünglings-Anzüge
Sonntag von 8-10 geöffnet!
B. FEDER

Spezial-Arzt
Dr. med. Haedicke
Harn-, Haut-, Geschlechtst., Syphil. (Behandlungsd. 12 T.), Blutunters. Ehrlich-Hata-Salvarsan-K.Med., schmerzlose Behandl. o. Berufsstörung. - Mäßige Preise. Teillzahlung.
Friedrichstr. 187-188a (Untergrdb.)
11-1, 3-7, Sonntags 11-1.
Fette Kaninchen bis 7 Wd. schwer
Junge Brathühner Wd. 4,50 Mk. an Fette Enten Wd. 5,50 Mk. an Herm. Tasche Nachf. A. Schmidt, Plamster 21, nahe Halle'sch. Tor.

Fabrik und Lager
fertig. Pelzwaren
jeder Art, von den einfachsten bis zu den elegantesten. Tausende Sachen auf Lager. Auch Einzelverkauf zu billigen Preisen. Garantiert streng reelle Ware.
Sonntags geöffnet.
Ferdinand Kalmann
Kürschnermeister
nur Kommandantenstr. 15, 1. E.
Kein Laden. Gegenüber Beuthstr. Tel.: Zentr. 287.
Gegr. 1894.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90
Behandl. von Syphilis, Haut-, Genu-, Frauenleiden, bez. chron. Galle, Ehrlich-Hata-Ruren, schmerzlose, längste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutunterfuchung. Wäs. Preise. Teillzahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Auf Teillzahlung!
Kompl. Wohnungseinrichtungen
Spezial: 1 u. 2 Zimmer und Einzelmöbel zu niedrigen Preisen.
Julius Glogau & H.
Kottbuser Str. 28, Ecke Reichenberger Straße, dir. an der Hochbahnst. Kottbuser Tor.
Gegr. ründ et 1880.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN
Jeder Art liefert die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Bestellungen nimmt jede Filialexpedition sowie die Zeitungsausträgerin an.

Spezialarzt
Dr. med. Colemann
für Haut-, Harn-, Frauenleiden nerv. Schwäche, Beinkränke, Ehrlich-Hata-Kuren, (Dauer 12 Tage), Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung.
Königstr. 34-36
Stadtbhf. Alexanderpl. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.

Zähne
Reparaturen sofort. Zahnziehen in örtlicher Betäubung. Billige Preise, auch Teillzahlung. Teleph. Amt Nord. 10435.
D. A. Löser
Persönl. nur Bosenhalerstr. 69 am Platz v. 9-7 zu sprach. Sonnt. 10-12.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Süd
Fleisch- u. Wurstwaren
Paul Müller, Priesenstr. 22.
Mehldig., Kolonialw.
Joh. Pletsch, Gneisenaustr. 97.
A. Schleinitz, Mariannenstr. 14.

Möbel jeder Art
Ihmie ganze Nachlässe
faust höchstgütigend Frosch, Neußölln, Steinmehlstr. 4.

Neukölln
C. Dittmann
Berlinerstr. 48
Wid - Geflügel - Fleisch.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Westen
Gegenheitskaffe
Rud. Flatauer, Alt-Moab. 110.3
Charlottenburg
Mehldig., Kolonialw.
Otto Gaeger, Wilmersd. Str. 41. 41.
Kowawes
A. Kieper
Friedrichstr. 28
Damen-, Kinder-Konfektion
Spandau
Paul Gaeger Mohl und Kolonialw.
Orléansstr. 27, Schönwalderstr. 191.4, Pichelsdorferstr. 12.
Kass- und Küchengüter
Hermann Finck
Kienwar., Schönwalderstr. 27.
A. Markgraf, Brüderstr. 11. Eck.
Jägerstr. 105. Goldschmiedemast.
Ad. Tornow Markt 110, gegr. 1889.

Durch die Schorfheide.

Zum Ausgangspunkt unserer Wanderung durch die Schorfheide wählen wir Groh-Schönebeck. Wir erreichen es mit der sogenannten „Heidekrautbahn“ von Reinickendorf-Rosenthal über Bassdorf (hier umsteigen) und Jerpenscheule, wo die Bahn das Eberswalder Urstromtal mit dem Finowkanal und dem neuen Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin kreuzt. Vom Bahnhof wandern wir in das Dorf bis zur Aue und folgen dann der Prenzlauer Chaussee nach Nordosten. Manches alte Bauernhaus treffen wir hier an im Schatten hochragender Bäume. Besonders ein großer Lehmfachwerkbau am Nordende des Dorfes zeugt noch von der alten Zeit. Seine Südseite ist der Straße zugekehrt und die Enden der Windlatten des Strohdachs bilden ein Eckschörchen als Verzierung. Eine stattliche Axtziele beschützt das Gebäude.

Nähe dem Nordende des Dorfes zweigt rechts die Straße nach Joachimsthal ab, der wir folgen. Anfangs über Felder und an kleinen Waldbeständen vorbei, führt sie uns zum Anfang der Schorfheide, die wir durch ein Gatter betreten. Die Schorfheide besteht in diesem Teil aus lichteim Nieserhohwald, dessen Boden auf weite Strecken ein Heidebeereppich bedeckt. Bald haben wir nach rechts einen schönen Ausblick über den kleinen Finow-See, der als ein liebliches Waldauge in die Landschaft eingebettet ist.

Sobald wir das Gebiet der Schorfheide betreten haben, fallen uns zahlreiche Wildpflanzen auf, die von dem Aech, Dam- und Rotwild herführen, das hier in großen Beständen gehetzt wird. Auch Schwarzwild ist vorhanden, jedoch kommt es seltener zu Gesicht. Das Hirschwild ist nicht mehr rein heimisch, weil man in früheren Jahren den Donauhirschen aus Ungarn einfuhrte, von dem im Jahre 1905 noch ein reinblütiges Stück erlegt wurde. Auch sonst bietet die Schorfheide dem Tierfreund noch manches Sehenswerte, so brütet hier der immer feltener werdende Uhu und auf den Seen die Schei-ente aus der Gruppe der Lauchenten.

Wir folgen der Straße weiter und setzen linker Hand einen Bergzug auf, der sich neben ihr hinzieht. Es sind die Kesselferge. Sie bilden einen Vennendünenzug. Als in der Eiszeit der Südrand des nordischen Inlandeises etwas nördlich von unserem Gebiet, bei Joachimsthal, lag, stießen die ihm entströmenden Schmelzwasser in das südlich sich hinziehende Eberswalder Urstromtal ab, das wir bei Jerpenscheule kreuzten. Im Vorlande des Gletschers, also in der Schorfheide, wurden dabei gewaltige Sandmassen aufgeschüttet, die sog. Sandr. Als das Eis weiter nach Norden zurückgewichen war, und die Schmelzwasser weiter nördlich einen Abfluß fanden, waren auf den ausgedehnten Sandfeldern des ehemaligen Vorlandes die Bedingungen zur Bildung von Dünen recht günstige. Die in jener Zeit vom Eise her wehenden trockenen, kalten Winde ließen auf dem unfruchtbaren Sandboden eine zusammenhängende Pflanzendecke nicht aufkommen. Der Sand wurde zu fächerförmigen Dünen zusammengetrieben, wie dies auch heute noch in großen Sandgebieten geschieht. Ihre Südseite (Luvseite) war der herrschenden Windrichtung zugekehrt und besaß einen starken Hang im Gegenlag zur Innenseite (Leeite), deren Hang flach abfiel. Als nach dem völligen Rückzug des Inlandeises aus unserem Heimatland die klimatischen Verhältnisse den jetzigen gleich wurden, also die West- und Südwestwinde ihre Herrschaft antraten, formten diese die Dünen teilweise um, sie verwandelten den Steilhang gegen Süden und Westen in einen Flachhang, und den Flachhang gegen Norden und Osten in einen Steilhang. Einer vollständigen Umarbeitung war jedoch durch die infolge des eingetretenen feuchteren Wetters sich rascher ausbreitende Pflanzendecke ein Ziel gesetzt.

Wenn wir von unserer Straße beim Stein 51, 154, 155 nach Norden abbiegen und nach wenigen Schritten der Telefonleitung links auf den Hauptkamm der Kesselfergdüne folgen, so sehen wir, daß die Düne die Grundform der Ostwinddünen besitzt, ihre Hänge jedoch den Einfluß der Westwinde zeigen. Weiter sehen wir sowohl bei der Hauptdüne als auch bei der ihr nach Osten vorgelagerten kleineren Düne, daß der Osthang nur von einem harten Gras bewachsen ist, während auf dem Westhang Weidel- und Heidebeeren und auch Heidekraut gedeihen. Die dem Regen mehr ausgesetzten Westhänge bieten den Pflanzen günstigere Bedingungen für ihr Fortkommen, als die vor dem Regen geschützten Osthänge.

Eine gute Darstellung der Kesselfergdüne befindet sich im Saal 13 des Märkischen Museums.

Von der Kesselfergdüne wandern wir nach Ostwärts, den „Verbotenen Weg“. Links liegt Forsthaus Wildfang. Der Nieserwald wird häufig von Eichendickungen und Schonungen unterbrochen. Wir kommen am Luch des Krümmen See vorbei, kreuzen eine Straße und wandern in bisheriger Richtung weiter, durch schöne Eichen- und Birkenbestände zum Jagdhaus Hubertusd. Von hier folgen wir der kleinen Chaussee in südöstlicher, später in östlicher und nordöstlicher Richtung zum Forsthaus Schorfheide. Wir haben den Werbellinsee erreicht und wandern nun an ihm entlang nach Norden. Vom gegenüberliegenden Ufer grähen uns die

freundlichen Häuser von Altenhof. Prächtige Ausblicke über den See und seine schönen bewaldeten Ufer, aber träumerisch in stiller Einsamkeit liegende Buchten genießen wir von vielen Punkten der Wanderung. Der Werbellin ist der schönste See der Uckermark, von ihm fingt der Joachimsthäler Dichter F. Brunsd:

Wie ein Gottesauge glänzt, Drüber dunkle Brauen glänzen, Liegt, von Berg und Wald bekränzt, Märdenhaft der Werbellin.

An den stillen Buchten des Sees haben wir Gelegenheit zu beobachten, wie das Wasser die angetriebenen Kindenstücke geglättet und abgeschliffen hat. Wir sehen hier die Folgen des durch die stete Unruhe und Beweglichkeit des Wassers bedingten dauernden Reibens der einzelnen Stücke an einander und an den Uferwänden, ein Vorgang, durch den an steinigten Küsten die viel feisteren Gesteinstrümmer zu glatten Geröllen abgerollt werden.

Wir kommen an Holzlagern und an der Siedlung Eisenau vorbei und haben das Nordende des Werbellinsees erreicht. Noch einmal schauen wir zurück über den langgestreckten See, der mit seiner Länge von 11 Kilometern und verhältnismäßig geringen Breite von durchschnittlich 1 Kilometer zu der Gattung der Binnenseen gehört. Er besitzt eine Tiefe bis zu 30 Metern. Nach den neuesten Forschungen wurden derartige Seen durch die unter dem Eise strömenden Schmelzwasser gebildet, als das Eis noch das Gelände bedeckte, in dem sie liegen.

Vom dem nahebei gelegenen Bahnhof Werbellinsee fahren wir über Eberswalde nach Berlin zurück.

Trionon-Theater: „Der Lebenschüler“.

Schauspiel von F. J. A. S.

Das geschickt gearbeitete und im zweiten Teile in Wagnen einer ernsteren Problematik einlenkende fudische Stück hob sich von dem Verlegenheitsrepertoire, zu dem sonst die kleine Bühne so oft greifen muß, ansehnlich und erfreulich ab.

Etwa bis zur Hälfte arbeitet der Verfasser mit Mitteln und Situationen der üblichen Pariser und Berliner Salonkomödie. Da ist, ein unskudischer, junger Mann — zur Abwechslung diesmal ein Dichter — dem sein Freund, ein Advokat und Don Juan, zu einem Kursturz in dem, was er die Lebenschule nennt, verhehlen möchte. Die Dame, die er ihm empfiehlt und die er selbst als ihr Anwalt beim Scheidungsprozess als ihr einstiger Galan sehr genau kennt, nimmt sich der Aufgabe voll Feuerer an. Die Unverdorbenheit des Jünglings, der ihr Scharfspielen und den Plitterkrum ange-schmittelter literarischer Schöngesterei für bare Münze hält, reizt sie wie eine völlig neue Sensation. Auch hofft sie, mit ihm vor den Gärten zu glänzen. Im zweiten Akt, der Schilderung des Salons, in den sich allerhand entgleiste Großstadtgesellschaften drängen, hat mancherlei satirisch Amüsantes. Die temperamentvoll virtuose Liebenswürdigkeit des Mädchens, die, wie sie ihres gutstimmigen Jünglings grenzenlose Verehrung rasch merkt, die Idee laßt, ihn sich zum künftigen Gatten aufzuparen, kam im Spiele Ida Müllers sprudelnd echt heraus. Der Typ ist vom Autor gut gesehen. Im Gegenlage zu den allzu sorglos bedachten (von Herrn Müllers gezeichneten) Jüngling, die Vertrauensseligkeit streift hart an das Burleske und ist durch seinen Einfluß humorvoll intimeren Charakterisierens, das ja dem Sympathien, die für die Figur gar nicht abträglich zu sein brauchte, gemildert. Die durchsichtigsten Kofetterien erscheinen ihm als Abglanz hoher Seelenreinhalt und er ist glücklich, daß sie sich der Bitte, seine Eltern auf dem Lande zu besuchen, nicht verweigert.

Dem leichten, spielerischen Auftaucht folgt eine Ausprägung zu schwereren realistischen Konflikten. Die Abenteuerin bezugend auch beide alten Leute. Nur die Schwester, die mit dem Freund des Pruders in Verbindung steht, mißtraut ihr. Doch als der erscheint, ist es zu spät. Aus der frivolen Liebhaft, die er dem Schwerblütigen gewünscht, ist ein Lebensschicksal geworden. Er will die Dame zwingen, ihr Opfer loszulassen, den Rimbuss, den sie trügerisch um sich gewoben, zu zerstoren. Die neuen Listen, zu denen sie verschlagen greift, ihr Anschlag, dem Schwärmer durch eine Liebesnacht die Rückkehr abzuschneiden — das alles ist mit fröhlichem Sinn für Bühnenpannung und dabei charakteristisch vorgeführt. Ebenso die typisch eigensinnige Verblendung des Liebenden. Auch als ihm der Freund die Augen öffnet, fehlt ihm die Kraft sich loszureißen. Er folgt, sein Elend kennend, dennoch ihrem Rufe. Ein Schluß, der, wenn auch nicht gern in diesem Einzelfalle überzeugend, durch das Typische, worauf er abzielt, weit bedeutsamer als das hier so nahe liegende gute Ende berührt. Dem reuigen, von Kaiser-Tisch sehr gut gespielten Freund und der Schwester, die sich zu einem Lebensbund vereinen, bleibt nur die Hoffnung, daß er nach Jahren später Kraft und Selbstbestimmung wiederfinden werde. Lebhafter Beifall rief den Verfasser oftmals vor die Rampe.

Schiller-Theater Charlottenburg: „Die Distel“.

Robert Sautel, der manchen Theaterbesuchern noch als Mitverfasser einer sinnigen Komödie „Heiligenswald“ bekannt sein dürfte,

dem Hjerrehof war, hörte er auf dem Wiesengrund deutlich die stohartigen Säge eines galoppierenden Pferdes. Einen Augenblick darauf sah er den großen Schwarzen und erkannte jetzt auch Lars. Er rief den Knecht an, als dieser an ihn vorbeireiten wollte.

Er erhielt Meldung über alles, was der Knecht wußte. Gleich darauf eilten sie weiter, ein jeder seinem Wege nach. Jetzt hegte Anders nicht den geringsten Zweifel mehr, daß das Ganze des Wads Horsens Werk war, und daß hinter ihm der Adjunkt stand.

Als er zu Hause ankam, waren alle drei Nebengebäude niedergebrannt. Der Wohnhausflügel war unberührt. In der Wohnstube befanden sich sein Vater, Wads Horsens und Jens Begger.

„Aus der Stube hinaus, ihr zwei Nordbrenner!“ rief Anders, sobald er die Tür geöffnet hatte. „Ihr Schandgefellern wollt in ehrlicher Leute Stube sitzen!“

Wads brummte und schimpfte; ging aber doch hinaus, in Begleitung des Jens Begger, der sehr erschrocken ausfiel. Anders fragte seinen Vater, ob gar niemand anders von der Brandstiftung etwas gesehen habe, als er und die beiden Täter selber.

Der Alte meinte: nein; keiner von den Leuten des Hofes und keiner der Häusler von Hjerrehofsholm, die jetzt ja im Hof draußen versammelt waren, wußte das geringste zu sagen.

Anders ging kurz darauf hinaus, um selber mit diesen Leuten zu reden, erzielte jedoch kein Resultat. — Er hatte auch eine Unterredung mit Kirstine. Er sagte ihr, er meine, sie und Riels sollten jetzt heiraten und dann aus der Gegend wegziehen, denn hier werde jetzt doch alles so unheimlich für sie werden. — Sie verstand ihn aber nicht recht.

Eine Stunde etwa nach des Anders Rückkehr kam die Sprige aus Harrebj an. Um nicht ganz vergebens gekommen zu sein, fingen die Leute an, Wasser in die Ruinen zu gießen. Kurz danach kam der Wagen vom Thinghof. Da waren der Adjunkt, der Gefangenwärter und ein Kutscher.

Die beiden erstern stiegen sofort vom Wagen. Sie

ist und diesmal holländisch gekommen. Sein Lustspiel mit dem etwas stachligen Titel bringt uns mit Harlem, der Stadt der Tulpen in Verbindung. Wieder auf eine aegerische Art. Ein Ritter von der Landstrasse kommt zufällig in ein Dorf im besagten „Blumenland“. Er begegnet hier zwei Bauern Kol, die man die „feindlichen Brüder“ nennen kann, und nimmt bei dem einen Dienst als Blumenzüchter. Und zwar versichert er, innerhalb weniger Monate aus einer gewöhnlichen Wegdiele eine herrliche Ehrfantskeme zu ziehen. Eigentlich bewog ihn wohl etwas anderes, hier zu bleiben — ein stillen Familiengeheimnis sozusagen; denn auch er, der improvisierte „Landreicher“, heißt Kol, wie die häuerlichen Brüder. Sein Großvater ist einst im selben Dorfe anständig gewesen, aber zwischen ihm und seinem Namensvetter, dem Vater jener beiden, gab es ständig Unfrieden; deshalb war er weit über Meer, nach Amerika gegangen.

Wietje Kol also löst hier auf eigenartige Gartschädel. Wie die Söhne, so der Alte. Es sind egoistische Streitthemen. Zwischen ihnen kann keine Liebe aufgehen. Wietje demonstriert ihnen aber an seinen Jüchtererfolgen, wie alles, auch die Menschenerziehung, nur möglich sei durch liebevolle Behandlung. Wietje ist allerdings ein kluger Gesell mit Menschenkenntnis und Welterschauung — ein Lebensphilosoph, so eine Art „Steinkloppferhand“. Und wenn er im dritten Akt beinahe auf und davon geht — die beiden Blumenbauern und besonders Klaartje, des einen Tochter, wissen Wietje auf originelle Weise zurückzuhalten, indem sie ihm sein im Gasthaus zurückgelassenes Handwerksburschenhabit stibitzen. Schließlich kriegt er sie und sie ihn; denn beide Jungmänner waren sich seit lange gewogen, aber im passenden Augenblick immer zu bodig, um darüber miteinander ins Reine zu kommen.

Ueberflut an Handlung ist zwar nirgends vorhanden. Aber der Dichter weiß die Dialoge so reizvoll zu stimmen, das Geplänkel, neidbolde Gezanke und Liebeswerben mit so warmer Beobachtlichkeit zu durchdrängen, daß man daran wohl seine Freude haben kann. Das Gegenpiel, das Gastwirtsbegegar Hendrik und Geesje ist zwar eine Mischung aus Schalksreichem Typen und altdeutschen Hansnarrenkomödien und hat manches Schablonenhafte an sich. Dennoch erregt es sanfte Heiterkeit.

Allerdings, die Aufführung hat ihren Hauptteil am häßlichen Erfolg. Bei Max Kaufmann, dem jeder Situation überlegenen Wietje, Deontie Dubal, der sonnig-berben Klaartje, zumal bei Harry Förster, der den alten zittigen, gnidderigen Jänker Rees ganz vortrefflich charakterisierte, dürfte sich der mit den Darstellern mehrfach gerufene Autor extra zu bedanken haben; desgleichen bei Karl Eier und den anderen. Daß die Spielleitung für stimmungsvolle Ausstattung gesorgt hat, gereichte dem Ganzen zum Vorteil.

Ein kleines Mißverständnis.

In einem polemischen Artikel einer gewerkschaftlichen „Inflanz“, wie es heute so schön heißt, gegen das Gewerkschaftsblatt in einer größeren norddeutschen Stadt, in der vorwiegend der niederdeutsche Dialekt gesprochen wird, ist an einer Stelle die Rede von „Kartellkämpfern“. Das hat ein biederer Arbeiter in diesem Ort, der mit der hochdeutschen Sprache wahrscheinlich auf sehr gespanntem Fuße steht, gründlich mißverstanden. Er hat nämlich den modernen hochdeutschen „Kämpfer“, der in der älteren und heute mitunter in ironischem Sinne angewandten Form auch „Kämpf“ genannt wird, mit dem niederdeutschen „Kemp“ oder „Kämp“ verwechselt. Das Wort aber bedeutet die männliche Ausgabe jedes bekannnten Vorkentiers, dessen Fett und in der heutigen Ernährungsweise nur allzu sehr fehlt. Selbstverständlich hat der Schreiber des in Rede stehenden Artikels nie daran gedacht, die im Kampfe gegen die „Inflanz“ Stehenden, also Kämpfer, die dem bekannnten Kartell angehören, mit diesem Vorkentier oder überhaupt mit irgendeinem Wesen aus der Tierwelt zu vergleichen. Das hat aber die besagte „Inflanz“ nicht vor dem Schicksal bewahrt, daß ihr der biedere Arbeiter in seinem gekränkten Ehrgefühl oder seiner verletzten Respektwürde schrie: Wenn die . . . Kartellmitglieder Kämpen sind dann seid ihr alle Offen!

Notizen.

Die Musikbibliothek des Berliner Tonkünstler-Vereins sind wieder geöffnet, und zwar die Zentrale W. Jistenstr. 27 täglich von 12—1 Uhr, Sonntags von 11—12 sowie Mittwoch abends von 7/8—9 Uhr; die Zweiganstalt Charlottenburg, Savignyplatz 1, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends von 4—7 Uhr.

Die Humboldt-Akademie freie Hochschule verfenbt ihr Vorlesungsverzeichnis für Oktober—Dezember mit über 200 Vorlesungen. Die Gebiete der Geschichte, Rechts- und Staatswissenschaftlichen Abteilung sind besonders hervorzuheben. Beginn Donnerstag, 11. Okt. Verzeichnisse in den Theaterkassen von Tieb, vom Kaufhause des Westens, in Buchhandlungen und in den Zahlstellen der Volkshäuser.

61]

Anders Hjarmsted.

Von Jakob Knudsen.

Der Großknecht war der einzige, der überhaupt einigermaßen daran dachte, zu Wschen, viel mehr jedoch brachte auch er nicht zuwege. Und inzwischen vergah er, das Vieh aus dem Stall zu ziehen. In wunderbar kurzer Zeit — so schien es jedenfalls den Leuten des Hofes — prasselte das Stalldach über dem Gebäude zusammen. Einige wenige Tiere hatten sich losgerissen und kamen in den Hof gestürzt; die allermeisten aber blieben drinnen und wurden von dem Rausche erstickt; es waren gewiß nicht mehr als zehn Minuten vom Einsturz des Daches an verstrichen, so hörte man keinen Laut mehr von drinnen.

Inzwischen hatten der Großknecht und der Viehjunge die Pferde aus dem Ostflügel herausgebracht. Sie machten sie los und ließen sie auf Feld laufen. Nur eins von den Pferden behielt der Knecht zurück; darauf wollte er selbst nach Harrebj reiten, um die Sprige zu holen. Dies ließ sich vielleicht in einem Brandverhör verteidigen, war aber im übrigen so unnützlich wie möglich; die Sprige mußte jetzt zu spät kommen, um irgend etwas ausrichten zu können. — Indem er in gestreckter Karriere vom Hof ritt, rief Wads Horsens ihm nach: „Lars! meld die Brandstiftung beim Adjunkten oder auf dem Thinghof!“

Anders war den Weg an Stavn vorbei erst ein ganz kleines Stück hinabgelassen, als er sich klar darüber wurde, daß wirklich der Hjerrehof brannte. Das Erste, was er dabei empfand, war dies: daß jetzt alles entschieden war, jetzt konnte nichts mehr zurückgehen. — In diesem Augenblick ahnte er gewiß schon den ganzen Zusammenhang. Aber doch erst, als er den Wiesenweg ein Ende hünuntergekommen war, durchblühte ihn der bewußte Gedanke: daß kein andrer als Wads Horsens das Feuer angezündet habe. Gleich darauf erriet er schon dessen Anschulldigung gegen seinen Vater.

Als er ungefähr auf halbem Wege zwischen Stavn und

grühten gar nicht. — Wads Horsens, der sich im Hof umhertrieb, ging an den Adjunkten heran und sagte, Per Hjarmsted wäre in der Wohnstube drin. — er zeigte nach den Fenstern hin. — Der Adjunkt schob Wads gleichsam etwas beiseite, ging jedoch, nach seiner Anweisung, ins Haus.

Ein paar Minuten später kamen der Adjunkt und der Gefangenwärter wieder auf die Treppe heraus; sie hatten den alten Per Hjarmsted zwischen sich. Der Adjunkt befehl ihm, hinten in den Wagen zu steigen und sich da hinzusetzen. — Kirstine kam sofort, als sie sah, daß ihr Vater in keinem Wagenstuhl sitzen sollte, mit einem Stuhlbrett mit Rißen gelauten, das im Gang drinnen stand. Wads Horsens und Jens Begger erhielten ihren Platz in dem hintern Stuhl, der Adjunkt und der Gefangenwärter in dem vordern. Dem Kutscher wurde befohlen, sich neben Per Hjarmsted zu setzen, um auf ihn acht zu geben.

Anders hatte die ganze Zeit über, während dies vor sich ging, dabei gestanden und zugehört, ohne ein Wort zu sagen. — Nun fuhr der Wagen mit den drei Arrestanten zum Hoftor hinaus.

Am nächsten Tage kam es Anders zu Ohren. — durch ein paar Bettelweiber drüben aus Harrebj, — daß der Gefangenwärter Nielsen ganz offenkundig vor mehreren Leuten gesagt haben sollte, der Alte vom Hjerrehof werde keinen Schlaf in die Augen bekommen, ehe er nicht bekannnt habe, daß er der Brandstifter sei. — Anders konnte nicht dahin gelangen, es zu glauben, doch an dem Tage darauf, am 2. Mai, kam Erik Stindtoft und berichtete mit großem Unwillen, er hätte nun heute mit dem Gefangenwärter gesprochen, und der hätte gesagt, er hoffte wohl, den Alten vom Hjerrehof binnen kurzem würde zu bekommen, denn es hätte nicht den Anschein, daß er den Schlaf gut entbehren könnte; jetzt hätte er in dieser und der vorigen Nacht kein Auge schließen dürfen, und er wäre schon aus, als könnte er ein Dieb, Räuber und Nordbrenner sein. Mit der protokollarischen Aufnahme über ihn stände es ja auch nicht gut.

(Fortf. folgt.)

